

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando... monatlich 80 Pf. ...

Erhebt Halle.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsstelligen Kolonnen...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 27. Juni 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Wahlrechtsfrage im Verfassungsausschuß.

Die Entscheidung des 3. Juli.

Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstags ist von seinem Vorsitzenden Scheidemann für den 3. Juli, 10 Uhr vormittags, einberufen worden.

Die bisherigen Ergebnisse der Ausschussarbeit sind stark umstritten. Die Konservativen tun so, als bedeuteten sie die halbe oder die ganze Revolution.

Eine solche Tat könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten beschließen, und wenn der Reichstag diesen Beschluß in seiner Zulassung bestätigen würde.

Nach der parteimäßigen Zusammensetzung des Ausschusses können wir eine solche Tat, die vom ganzen Volk mit Jubel begrüßt werden würde, von ihm kaum erwarten.

Es ist selbstverständlich den Herren nicht zuzumuten, daß sie gegen ihre unbelebte Ueberzeugung stimmen; sich mit ihnen über diese Ueberzeugung auseinanderzusetzen, wird später einmal Sache ihrer Wähler sein.

Stockholm.

Die Verschiebung der allgemeinen Konferenz.

Stockholm, 26. Juni. (Fig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Die Verschiebung der allgemeinen Stockholmer Konferenz durch den russischen Arbeiter- und Soldatenrat auf eine spätere Zeit hat ihren Grund lediglich in der physischen Unmöglichkeit der Engländer und Franzosen, zu dem angeetzten Termin nach Stockholm zu kommen.

1400 deutsche und österreichische Kriegsgefangene in Rußland brachten dem Konferenzkomitee in Stockholm ihre Glückwünsche für die Konferenz. Weiter sprechen sie die Hoffnung aus, die Konferenz möge auch dahin wirken, daß die Gefangenen in Rußland die gleichen Rechte, wie sie die russischen Vergleute haben, erhalten. Auch sollen die Zentralstaaten die kriegsgefangenen Russen gleich günstig stellen.

Der russische Arbeiter- und Soldatenrat sprach Macdonald und Jowett seine Sympathie aus und lud beide ein, nach Petersburg zu kommen.

Macdonalds und Jowetts Reise nach Petersburg von der englischen Regierung gewünscht.

London, 26. Juni. (Neuermeldung.) Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet: Der ausführende Ausschuß der Gewerkschaften der Seeleute und Heizer hat eine Entschlieung angenommen, in der empfohlen wird, die Reise Macdonalds und Jowetts nach Rußland nicht länger zu behindern. Eine gemeinsame Versammlung von Vertretern von fünf Seemanns-Gewerkschaften wird am Mittwoch über die Frage entscheiden. Die Regierung hat den Seemanns-Gewerkschaften ihren Wunsch mitteilen lassen, daß Macdonald und Jowett die Reise nach Petersburg ermöglichen werden soll.

Wir erinnern an die Mitteilung, daß die Fahrhinderung durch die Seeleute kein anderer als eben die englische Regierung veranlaßt haben soll.

Dänisches Urteil über die deutsche Denkschrift.

Kopenhagen, 26. Juni. Zu der Antwort der deutschen Sozialdemokratie auf den Stockholmer Fragebogen schreibt „Sozialdemokraten“: Das deutsche Friedensprogramm ist eine Verhandlungsgrundlage. Es ist nun Sache der Russen, Franzosen, Engländer und der übrigen, einen ähnlichen bestimmten Vorschlag vorzubringen. Die russische und die deutsche Sozialdemokratie stehen im Jagakt der Antwort einander

bereits sehr nahe, und es ist kein solcher prinzipieller Unterschied zwischen dieser deutsch-russischen Auffassung und der der Entente-Sozialisten, daß es für ausgeschlossen angesehen werden kann, zu einem gemeinsamen sozialistischen Friedensprogramm zu kommen.

Die Balkanfrage in der deutschen Denkschrift

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Sofia bezeichnet das Demokratenblatt „Preporok“ die Stelle in der Stockholmer Erklärung der deutschen Sozialisten, wonach sie sich in den Balkanfragen dem Standpunkte der österreichischen Genossen anschließen, als geeignet, Unruhe in Bulgarien hervorzurufen.

Die deutsche Denkschrift hat, wie wir feststellen wollen, ausdrücklich auf die Erklärung der österreichischen Genossen Bezug genommen, die, von dem Grundfah „der Balkan den Balkanvölkern“ ausgehend, eine Regelung der strittigen Fragen zwischen den Balkanstaaten selbst vorsieht und im übrigen für Serbien staatliche Selbständigkeit sowie durch Vereinigung mit Montenegro einen freien Zugang zum Meer verlangt.

Eine Intrige Tiszas.

Graf Tisza hat im Verlaufe der Erörterung über das Ermächtigungsgesetz bezüglich der Wahlrechtsreform einen Kompromißantrag gestellt, demnach vorläufig nur die Industriearbeiter das Wahlrecht erhalten, während durchgreifende Bestimmungen derzeit nicht getroffen werden sollen.

Der Wahlrechtsblock hat sofort nach der Rede Apponyis eine Sitzung einberufen und festgestellt, daß der Vorschlag Tiszas einen verzweifeltsten Versuch darstellt, die Wahlrechtsreform zu vereiteln und seine reaktionäre Partei vor dem vernichtenden Urteil der Neuwahl zu retten.

Tisza hat sich nicht nur bemüht, die Regierung für einen bloßstellenden Wahlrechtsvergleich einzufangen; er hat auch großspurig über die Kriegsziele geredet, sich zum Fürsprecher von Rüstungen aufgeworfen, den österreichischen Parlamentarismus der Unfruchtbarkeit geziehen und schließlich jede Aenderung des dualistischen Reichsgefüges durch die Entwicklung eines polnischen oder fälschlicherweise als Attentat auf die ungarische Souveränität betrachtet.

Ein niederländisch-deutsches Uebereinkommen.

Amsterdam, 26. Juni. Das Haagse Korrespondenzbureau meldet offiziell: Nach langem Gedankenaustrausch in Sachen der am 22. Februar vernichteten niederländischen Schiffe sind die niederländische und die deutsche Regierung zu einer Uebereinstimmung auf folgender Basis gekommen:

Zum Ersatz der verloren gegangenen Schiffe wird die deutsche Regierung der niederländischen Regierung deutsche Schiffe abtreten, die sich augenblicklich in niederländischen Zuhlen befinden und die an Wert den vernichteten Schiffen gleichstehen. Demgegenüber wird die niederländische Regierung der deutschen Regierung eine Summe übersenden, gleichstehend mit dem Totalbetrag der für die vernichteten Schiffe zu zahlenden Versicherungssumme.

Zwei Kommissare, von denen jede der beiden Regierungen einen ernennen wird, wird die Wahl der Schiffe übertragen werden sowie die Regelung der weiter zur Sprache gekommenen Punkte. Die abgetretenen Fahrzeuge, die während des Krieges ausschließlich im transozeanischen Verkehr benutzt werden sollen, werden nicht in Fahrt gebracht werden, bevor die Seemächte, welche sich im Kriege mit Deutschland befinden, die Uebtragung der Flagge anerkennen und diesen Fahrzeugen freien Verkehr zugestanden haben. Die deutsche Regierung wird den Mitglieder der Besatzungen der vernichteten Schiffe den Schaden vergüten, den sie infolge der Vernichtung erlitten haben, sowohl was ihre Gesundheit und ihr Eigentum anbelangt. Der Betrag dieser Vergütung wird gleichfalls von beiden obengenannten Kommissaren festgesetzt werden.

Als Kommissare werden auftreten: Für die niederländische Regierung Dr. A. Plate in Rotterdam, für die deutsche Regierung Dr. Greve, Direktor des Norddeutschen Lloyd in Bremen,

Neuorganisation der Sozialpolitik.

Daß die deutsche Sozialpolitik nach dem Kriege nicht nur einer Neuorientierung, sondern auch einer vollständigen Neuorganisation bedarf, ist für jeden Kenner der Verhältnisse seit langem klar. Neuorientierung bedeutet Systemwechsel, Aenderung der bisherigen Richtung der Sozialpolitik, Einstellung auf Ziele, die eine Anerkennung der Arbeiterklasse als gleichberechtigten Faktor im Staatsleben und als selbstverwaltender Träger sozialpolitischer Einrichtungen und Organisationen in sich schließen.

Unsere bisherige Sozialpolitik war nichts weniger als eine soziale Arbeiterpolitik, sie war im letzten Grunde gegen die Arbeiterklasse als Klasse gerichtet. Sie war weit davon entfernt, die Arbeiterklasse als wirtschaftlichen und politischen Faktor im Staatsleben anzuerkennen und ihn die gleichberechtigte Mitarbeit einzuräumen; vielmehr bekämpfte sie alle Bestrebungen, die Arbeiter als Klassengenossen zusammenzuschließen und ihren Einfluß auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu erhöhen.

Die Organisationen der Arbeiter wurden nur gebildet, aber nicht in ihren Rechten geschützt, sondern behördlich und gerichtlich schikaniert. Die politischen Bestrebungen der Arbeiter wurden als staatsfeindlich stigmatisiert, ihre Vertreter von allen Staatsämtern und staatlichen Selbstverwaltungskörpern ausgeschlossen. Die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter wurden auf gleicher Stufe mit strafgesetlichen Delikten, wie Nötigung, Erpressung, Bedrohung, Aufruhr, Landfriedensbruch usw. gestellt und auf jede mögliche Weise verfolgt. Man zerbrach sich den Kopf, wie man die Strafgesetzgebung verschärfen, die Strafen drakonischer machen könne, um die Arbeiterklasse im Rahmen des allgemeinen Rechts dennoch außerhalb der Rechtsgarantien zu stellen. Selbst die Erziehung ihrer eigenen Jugend wurde ihr verweigert.

Die Sozialpolitik hatte innerhalb dieses Systems die Aufgabe, die Arbeiterschaft ihrer eigenen Klassenorganisation und ihren Klassenbestrebungen zu entfremden und sie in den Bahn zu verfehen, als sei schon gegenwärtig alles aufs beste eingerichtet und es bedürfe keiner besonderen wirtschaftlichen und politischen Arbeiterziele. Der Arbeiter wurde geschützt, soweit es das Kapitalinteresse zuließ, und gegen Unglück verschützt als ein Teil der bürgerlichen Produktionsordnung, der zeitweise oder schließlich ganz aus dieser ausscheidet. Die Mitverwaltung in der Arbeiterversicherung, die Mitentscheidung in der sozialen Rechtssprechung mußte sich die Arbeiterklasse erst gegen den Willen der Mächtigen erkämpfen, und man hat ihr das Errungene mit allem Kraftaufgebot streitig gemacht. Nicht Gleichberechtigung, sondern Entrechtung der Arbeiter war das Ziel der staatlichen Sozialpolitik vor dem Kriege, und nicht Versöhnung der Klassen, sondern Bekämpfung und Zurückdrängung der Arbeiterklasse ihr Lebenszweck. Das Kaiserwort Caprivis, jedes Gesetz daraufhin zu prüfen, wie es auf die Sozialdemokratie wirkt, bezeichnet die wahre Natur der seitherigen Sozialpolitik.

So destruktiv das Ziel der Sozialpolitik war, so systemlos ist auch ihre Organisation geblieben. Kein Wunder, da der eigentliche Zweck eben außerhalb sozialpolitischer Aufgaben lag und die letzteren niemals zum Selbstzweck werden durften. Das Mißtrauen, ein Jubel könne der Arbeiterschaft als Stufe für ihren Aufstieg zu innerstaatlichem Einfluß, als Stütze für ihre eigenen Bestrebungen dienen, verhinderte jeden konsequenten Auf- und Ausbau. So blieb alles Gelegenheitsmachwerk, mit spärlicher Selbstverwaltung und schwächlichen Lebensbedingungen, mit sorgfältig kontrollierten Zugängen und mit reichlichem Stacheldraht gegen „agitatorische Eindringlinge“. Der Arbeitgeber wurde als Autorität anerkannt; soweit eine Vertretung der Arbeiter nicht zu umgehen war, wurde sie entweder durch das Uebergewicht des Arbeitgebereinflusses oder durch bürokratische Leitung enträftet. Diese Bürokratie ist auf die engherzigsten Gesichtspunkte eingestellt, jedes sozialpolitischen Weitblicks ermangelnd, dafür aber mit einem stark entwickelten Gefühl für das kapitalistische Interesse ausgestattet, das sich als unüberwindliches Hindernis für jede entschiedene Arbeiterinteressenvertretung erweist.

Vor allem trägt die Arbeitsgesetzgebung selbst nur allzu deutlich den Stempel der Gelegenheitsmacherei. An der Gewerbeordnung ist seit fünf Jahrzehnten unzähligmal herum- und hineingeflickt worden. Einige andere Arbeitsgesetze sind ohne jeden Zusammenhang mit ihr erlassen. Die Arbeiterversicherungsgefetze sind unabhängig von einander ent-

standen; ihre spätere Zusammenlegung war mehr eine äußerliche und beschränkte sich hauptsächlich auf die Schaffung einer gemeinsamen Rechtsprechung. Die Arbeitsvermittlung ist bis auf einige polizeiliche Eingriffe völlig unreguliert geblieben. Das Einigungswesen ist in den Anfängen stehen geblieben und die Gewerbeaufsicht neben landesbehördlichen Organen zumeist den Polizeibehörden überlassen. Ueberall stößt man auf Unfertiges, auf Einrichtungen kleinsten Ausmaßes; nirgends eine großzügige Auffassung, eine konsequente Zusammenfassung sozialpolitischer Organe im ganzen Reich.

Die Behandlung sozialpolitischer Fragen war dementsprechend kleinlich, von lokalen Gesichtspunkten getragen, häufig einander widersprechend und jedes Zusammenwirkens nach großen, einheitlichen Zielen ermangelnd. Es fehlte vor allem an einer Reichsorganisation, die den Gedanken der Reichseinheit auf sozialpolitischem Gebiete verkörpert und für eine gleichmäßige Durchdringung der Praxis mit modernen sozialen Auffassungen und für eine einheitliche sozialpolitische Weiterentwicklung wirkt. Auf allen übrigen Gebieten der Wirtschaftspolitik ist es seit einem Menschenalter selbstverständlich, daß das Reich eine Wirtschaftseinheit ist, die sich nicht unbeschadet in kleinstaatliche Interessensphären zerstückeln läßt. Nur in der Organisation der Sozialpolitik ist der Kleinstaat noch immer souverän und der enge Horizont des Zunftmeisters vormärzlichen Angedenkens gerade groß genug. Daß die Sozialpolitik eine Frage internationaler Gesetzgebung und Organisation ist, daß sie im Mittelpunkt der Weltmarktsinteressen und Weltmarktkämpfe steht, war unseren Machthabern bisher noch nicht aufgedämmert, und wenn schon, dann haben sie ihre zeitgemäße Entwicklung aus Furcht vor den Konsequenzen verhindert.

Die Arbeiterklasse erwartet von der Neuorientierung nach dem Kriege auf sozialpolitischem Gebiete die Schaffung einer einheitlichen Arbeitsgesetzgebung, die mit den rücksichtslossten landesrechtlichen und lokalen Sonderrechten aufräumt und das Reich als Wirtschaftseinheit anerkennt. Sie verlangt die Schaffung einer reichseinheitlich geordneten sozialpolitischen Organisation mit einer auf demokratischer Grundlage aufgebauten Verwaltung, die die Mitarbeit der besten Kräfte der Arbeiterklasse gewährleistet.

Das neue Kabinett Venizelos.

Athen von französischen Truppen besetzt.

Jaimis, schon einmal von Venizelos gestürzt, weicht seinem alten Widersacher ab. Diesmal aber bedeutet sein Abgang einen Systemwechsel. Jaimis und der neue König sind den Schrittmachern des freisinnigen Faches gegenüber völlig machtlos. An Versuchen, Widerstand zu leisten, scheint es indessen nicht gefehlt zu haben. Denn Reuter meldet aus Athen, Jonnart habe am Sonntag den König über die „wirkliche Lage“ aufgeklärt und sei den Einflüssen entgegengetreten, die auf den König geltend gemacht worden seien. Von welcher Seite diese Einflüsse gekommen sein mögen, ist vielleicht aus einer Meldung des „Temps“ zu entnehmen, derzufolge dem Prinzen Nikolaus, dem Bruder König Konstantins, mitgeteilt wurde, daß die Schuttmächte sich in die Notwendigkeit versetzt sähen, seine Abreise zu verlangen. Der Prinz gab seine Absicht kund, Griechenland unberührt zu verlassen.

Jugleich wird von der Agence Havas die Nachricht bestätigt, daß Jaimis seinen Posten als Ministerpräsident aufgegeben hat. Er gab wie Havas am Montag aus Athen mitteilt, dem König den Wunsch zu erkennen, ihm das Entlassungsgesuch des Kabinetts zu überreichen, und in der Unterbrechung mit Jonnart erklärte der König sein Einverständnis, Venizelos die Sorge für die Bildung eines neuen Ministeriums anzuvertrauen.

Die Veseitigung Jaimis' hat der Oberkommissar der Entente mit folgendem Hinweisgriff zuwege gebracht: Er richtete an Jaimis eine Note, in der, unter Hinweis auf die in der Note der Mächte bereits ausgearbeiteten Erwägungen über die Verfassungswidrigkeit der gegenwärtigen Kammer, die Regierung zur Einberufung der aufgelösten venizelistischen Kammer aufgefordert wurde. Diese Zumutung genügt. Das Kapitel schließt auch hier wie am Tage der Veseitigung des Königs, der neutral zu sein versuchte, mit Mahnungen an die Bevölkerung zur Beruhigung. Havas weiß sogar zu melden, Jaimis habe „im Interesse der Wohlfahrt des Landes zur Beruhigung und Versöhnung gemahnt“.

Das neue Kabinett Venizelos wird schleunigst bereitgestellt werden. Das Programm der Entente hat sich also in der dargelegten Folge entwickelt. Ein neues Kapitel wird sich anschließen, und schon mutmaßt die „Times“, Venizelos werde möglicherweise vorschlagen, daß Griechenland sich den Alliierten anschließen soll; er habe aber nicht die Absicht, die Griechen gegen ihren eigenen Wunsch zu mobilisieren. Unter Hinweis auf die Besetzung Pireas durch französische und venizelistische Truppen sagt die „Times“, Epirus habe sich der vorläufigen Regierung angeschlossen. Sehr einfach. Das Selbstbestimmungsrecht der Epiroten spielt keine Rolle, und dieses Recht wird auch für das übrige Griechenland nicht in Betracht kommen.

Mit einer starken Sendung Gendarmen aus Saloniki und französischen Truppen richtet Venizelos sein neues Regiment ein. Am Sonntag früh sind in Athen die Umgebung des Stadion und des Zappeion sowie verschiedene andere Punkte militärisch besetzt worden. Ist die Stadt solchermaßen genügend „gesichert“, so wird sich die vorläufige Regierung vom Piräus, in dem sie jetzt tagt, einen Schritt weiter wagen. Einmalen schreut die Erinnerung des 2. Dezember, das den Staatsstreich der Entente, der jetzt nachgeholt wird, bereitete.

Die deutsche Friedensintrige.

Erklärung der „Nordd. Allgem. Ztg.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Das von der Entente im Interesse der Kriegsverlängerung in Umlauf gesetzte Schlagwort von der deutschen „Friedensintrige“ wird jetzt durch Pariser Meldungen über eine deutsche pazifistische Kampagne unterstützt, über die der französische Ministerpräsident im Kammerauschuss Dokumente vorgelegt haben soll. Diese Dokumente sollen auf den Fall Grimm-Hoffmann Bezug haben. Nachdem durch die Erklärungen des Herrn Hoffmann völlig klar gestellt worden ist, daß sein Schritt aus private Initiative hervorgegangen ist, können die Pariser Ausstreunungen nur den Zweck haben, neutrale Persönlichkeiten, die aus menschenfreundlichen Motiven auf Beendigung des Krieges hinarbeiten, durch Terrorismus von solchen Bemühungen abzuhalten. Was die Pariser Meldungen über Agenten der deutschen Regierung erzählen, ist reine Erfindung. Offenbar will Herr Ribot durch Produzierung angeblicher Dokumente über deutsche Friedenspropaganda die Frage nach den geheimen Abmachungen über die Kriegsziele der Entente in den Hintergrund schieben.

Artilleriekämpfe im Westen — Starkes französisches Feuer bei Vougaillon — Franzosenangriff bei Hurtebise — Gefechte in Ostgalizien.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 26. Juni 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Längs der Front bekämpften sich die Artillerien. Stellenweise unter großem Munitions-Einsatz. Gegen die Infanterie-Stellungen richtete sich die Feuerwirkung nur in einzelnen Abschnitten, meist zur Vorbereitung von Erkundungsgräben, die mehrfach zu Grabenkämpfen führten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Vougaillon lag hartes französisches Feuer auf den seit den Kämpfen am 20. und 21. 6. fest in unserer Hand befindlichen Gräben.

Nach lebhaftem Feuerkampf griffen die Franzosen nordwestlich des Geschloßes Hurtebise die von uns neulich gewonnene Höhenstellung an. Der Gegner drang trotz hoher Verluste, die seine Sturmwellen in unserem Feuer erlitten, an einigen Stellen in unsere Linien. Sofort einsetzender Gegenangriff warf ihn zum größten Teil wieder hinaus.

Die Artillerietätigkeit war auch in anderen Abschnitten der Aisne- und Champagne-Front bei guter Sicht recht lebhaft.

Ein eigenes Stoßtrupp-Unternehmen südlich von Tahure führte zum beachtlichen Erfolg.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Besonderes.

Rittmeister Freiherr von Richtigshofen hat in den beiden letzten Tagen seinen 54., 55., 56., Leutnant Klementzeder gestern seinen 30. Gegner im Luftkampf besiegt.

Vandervelde im Arbeiter- und Soldatenrat.

Kopenhagen, 25. Juni. Die Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Meldung. In der Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands, in der die Besprechung der Kriegsziele beendet wurde, ergriff Vandervelde das Wort zu folgender Erklärung:

Wir stimmen mit euch über die Kriegsziele vollkommen überein; wir weisen jeden Krieg außer dem Befreiungskrieg und den Krieg rechtmäßiger Verteidigung ab. Aber es besteht Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege. Ihr habt soeben dem Despotismus ein Ende gemacht und befindet euch im glücklichen Zustande des Freiheitsrausches. Wir waren vor dem Kriege frei; jetzt sind unsere Brüder, die belgischen Arbeiter, Sklaven des Kaisers. Würdet ihr ebenso leiden wie Belgien, so würdet ihr die gleichen Gefühle haben, wie die Belgier. In die Freude, die die russische Revolution in Belgien hervorrief, mischte sich die Unruhe, ob die russische Revolution fähig sei, die ihr gestellten Aufgaben zu lösen. Aber nach dem, was ich gesehen habe, nehme ich beim Verlassen Rußlands einen günstigen Eindruck mit fort. Wir grüßen den Arbeiter- und Soldatenrat mit festem Vertrauen in die russische Revolution und in der Ueberzeugung, daß sie die ganze Welt befreit hat.

Der Präsident des Kongresses erwiderte: Die russische Demokratie ist sich der Leiden Belgiens und des belgischen Proletariates bewußt. Sie wissen ebenso wie wir, welcher Weg zum schnellen Frieden führen kann. Sie verstehen die Bedeutung des Kampfes für einen allgemeinen Frieden. Rußland ist nur von einem Gefühl erfüllt, es weist jeden Frieden, der nicht auf den von ihm genannten Grundlagen beruht, zurück. Die Freiheit Belgiens ist uns ebenso teuer, wie die Interessen der russischen Demokratie.

Vandervelde übersieht nur das eine, daß die belgischen Arbeiter, deren Interessen von der deutschen Sozialdemokratie nach Kräften wahrgenommen werden, in dem Augenblick aufhören, „Sklaven des Kaisers“ zu sein, in dem der Frieden geschlossen wird. Vanderveldes Bemühen ist aber selbstamerweise darauf gerichtet, die Leiden der Belgier zu verlängern und den Zeitpunkt der Befreiung Belgiens hinauszuschieben.

Appleton für Kriegsschädigung.

Arbeit und Kapital nach Ende des Krieges.

In dem Jahresbericht des Bundes der englischen Gewerkschaften wird Generalsekretär Appleton die Frage auf, ob die Vorkämpfer eines Friedens ohne Gebietsangliederung und Entschädigung die Kriegskosten dem Angreifer oder seinen Opfern auferlegen wollten:

Wer soll die Arbeiter in Belgien, Frankreich, Serbien, Montenegro und Polen für ihre Sachschäden und für ihre Gemütsqual entschädigen? Wer wird die Arbeiter in den neutralen Ländern entschädigen, deren Handel zerstört ist? Auch an der Frage der Kolonien kann man nicht vorbeigehen: sie haben das Recht gewonnen, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, und wer dieses Recht beschneidet, erweist der Demokratie einen sehr schlechten Dienst.

Von der Unruhe in der Industrie redend, meint Appleton, die Revolutionäre liefen Gefahr, zu sehen, daß die Vernachlässigung wirtschaftlicher Befehle und sozialer Rechte verhängnisvolle Folgen haben könnte. Das Ende des Krieges werde Arbeit und Kapital in scharfen Kampf mit den veränderten und überwiegend vollständigen neuen Bedingungen der Industrie bringen, und wie man sich mit diesen abfinde, davon hänge das Wohlbefinden der nächsten Generation ab.

Die Neuherungen Appletons zeigen, daß die Streikbewegung, die seit Wochen England in Atem hält, die Politik der Trade Unions kreuzt.

Englands Kriegskosten.

134 Millionen Mark täglich.

Auf eine schriftliche Anfrage teilte Bonar Law folgende Einzelheiten über die Ausgaben Englands mit: Die Kriegszeit lief vom 8. Oktober 1914 bis zum 9. Juni 1917. Während dieser Zeit stiegen die gesamten Tagesausgaben fortwährend von 6 615 000 Pfund Sterling (ein Pfund = zwanzig Mark) auf 7 752 000 Pfund. Während derselben Zeit betrug die täglichen Kriegsausgaben vom 8. 10. 16 ab neun Wochen lang 5 714 000 Pfund, stiegen dann die folgenden fünf Wochen auf 7 457 000 Pfund, betrug in den nächsten fünf Wochen 5 989 000 und stiegen endlich während der letzten am 9. 6. 17 zu Ende gehenden sechs Wochen auf 6 723 000 Pfund Sterling täglich.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Luck und zwischen Strypa und Dujestr hält die rege Gefechtsbetätigt an. Mehrfach wurden russische Streifabteilungen verjagt.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert. In Vorfeldgefechten behielten die Bulgaren die Oberhand.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 26. Juni, abends. Amlich. Von den Fronten sind keine größeren Kampfhandlungen gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. Juni 1917. (W. Z. B.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am 25. Juni haben Kaiserschützen und Teile des westgalizischen Infanterie-Regiments Nr. 57 nach gründlicher Vorbereitung und mit wirksamer Artillerieunterstützung die auf dem Grenzgründen, südlich des Suganatales noch in Feindeshand verbliebenen Stellungsteile im tapferen zähen Kampfe voll wieder erobert. Alle Gegenangriffe des Feindes scheiterten an der tapferen Haltung unserer Besatzung. Bisher wurden gegen 1800 Mann an Gefangenen, darunter 44 Offiziere eingebracht.

Der Chef des Generalstabes.

Die Vermehrung der Ausgaben hätte ihren Grund in den Vorkäufen, die wieder einkommen werden; ebenso sind sie durch das Kapitel „Munition“ bedingt. Was die Vorkäufe an die Alliierten betrifft, so ist die Regierung immer noch durch Verpflichtungen gebunden, die sie vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg eingegangen ist; indessen macht sich die Mitarbeit dieses Landes schon bemerkbar. Das Kapitel „Kriegspensionen“ erfordert gegenwärtig 250 000 Pfund Sterling und wird natürlich nur zunehmen.

Hoffmanns Nachfolger.

Bern, 26. Juni. (Schweizerische Depesch-Agentur.) Die Vereinigte Bundesversammlung hat heute mit 168 von 192 gültigen Stimmen zum Bundesrat an Stelle Hoffmanns den Nationalrat Gustav Ador, den Präsidenten des internationalen Komitees vom Roten Kreuz gewählt. Der Neuwahlte wurde am 23. Dezember 1845 in Genf geboren, studierte dort Jurisprudenz, war seit 1874 Grobrot, von 1879 bis 1881 Staatsrat, seit 1889 Nationalrat und 1901 Nationalratspräsident.

Anlässlich der Neuwahl zum Bundesrat beschloß dieser, die Organisation der Bundesverwaltung und die Einteilung der Departements zu verändern. Der Beschluß bestimmt, daß der Bundespräsident als solcher Vorsteher des politischen Departements ist. Für die Zeit bis Ende 1917 kann der Bundesrat auf Grund dieses Beschlusses einem Mitglied, das nicht Bundespräsident ist, die Leitung des politischen Departements übertragen. Die Handelsabteilung des politischen Departements geht an das Volkswirtschaftsdepartement über, das durch spätere Verwaltungsmaßnahmen so gut wie möglich entlastet werden soll. Dieser Beschluß ist sofort in Kraft getreten.

Da Bundespräsident Schulerch auch während des Präsidentschaftsjahres im Einverständnis mit seinen Kollegen die Leitung des Volkswirtschaftsdepartements beibehalten wünscht, wurde das neugewählte Mitglied Ador mit der Leitung des politischen Departements beauftragt. Auf Grund des gefassten Beschlusses geht jedoch dieses Departement mit Beginn des nächsten Jahres an den Bundespräsidenten über.

Spaniens innere Krise.

Madrid, 25. Juni. (Reuter.) Der Ministerrat hat heute Abend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien beschlossen.

Die neue österreichische Regierung.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler stellte Dienstag das neue Kabinett dem Hause vor. Er bezeichnede als die Aufgabe der Regierung die Erledigung des vorläufigen Haushaltsplanes, der Mandatsverlängerung, der Delegationswahlen und der Kriegsgewinnsteuer und sagte u. a.:

Die Regierung wird die laufenden Verwaltungsgeschäfte im Geiste strengster Unparteilichkeit fortführen und sich eifrigste Fürsorge für die in den schweren Bedrängnissen der Kriegszeit mit wahrhaft bewundernswürdiger Standhaftigkeit ausharrende Bevölkerung anlegen sein lassen. Das gegenwärtige Kabinett trägt vorläufigen Charakter. Seine Amtsführung soll der Fortsetzung der bereits eingeleiteten Aktion, die auf die Schaffung der politischen Voraussetzungen für eine weiler ausgreifende Tätigkeit der Volksoberleitung abzielt, in keiner Weise vorgreifen, sondern im Gegenteil freien Spielraum schaffen.

Der Landesverteidigungsminister beantwortete schriftlich eine Interpellation des Abgeordneten Langenhan, über die Verleumdung des Offiziersstandes im allgemeinen und der Offiziere deutscher Nationalität im besonderen durch tschechische und slowenische Abgeordnete. Der Minister behauerte, daß wider Erwarten nicht von allen Seiten des Hauses die Armeen für den beispiellosen Heldenmut und die unüberwindliche Ausdauer, Selbsterleugnung und den Schutz des bedrohten Vaterlandes rückhaltlose Anerkennung fänden. Die meisten Klagen sagte er, betreffen Dinge, die hinter der Front oder gar im Hinterlande sich zugetragen haben. Der großen Kulturarbeiten, die unsere braven Truppen überall geleistet, denken nur wenige. Die Hauptbeschwerden richten sich gegen die Militärgerichtsbarkeit und die von den Truppen an der Front wegen Verrats getroffenen scharfen Maßregeln. Man muß aber bedenken, daß Verrat im eigenen Lande durch irreführende Elemente schärfste Repressalien nötig macht, die auch berechtigt sind. Daß dabei Mißstände vorgekommen sind, ist tief bedauerlich, aber durch die Umstände zum Teil erklärlich. Die große Gesamtheit Offiziere und Mannschaften aller Nationalitäten, das ganze Volk in Waffen, hat sich herrlich bewährt. Ich muß daher Angriffe, die deraufliegenden wollen, als unberechtigt scharf zurückweisen.

Der Schlußsatz hebt sich angenehm von der Rede des früheren Landesverteidigungsministers von Georgi ab, der, obwohl seine Demission bereits eingereicht war, auf eine ihm offenbar sehr ge-

legene Anfrage des Reichstages über die Anklage gegen die Tschechen hielt. Seine Beschwerden waren ernst, trugen aber im Augenblick nur zur Verschärfung der Lage bei und hatten zum eigentlichen Zweck, einen Beschluß zugunsten des Tschechisch-radikalen Klubs zu verhindern, der seit Kriegsbeginn eingesperrt ist, ohne daß die Regierung eine Anklage gegen ihn hätte erheben lassen. Schon aus diesem Grunde hat der frühere Landesverteidigungsminister sein Ziel verfehlt, weil Klafac nicht für im Kriege begangene Verbrechen anderer beurteilt werden kann, da er selbst eben seit Kriegsbeginn gar nicht mehr die Möglichkeit einer strafbaren Handlung hatte. Die Regierung würde am besten tun, eine substantiierte Anklage zu erheben, deren Beweiskführung der Öffentlichkeit einleuchtend, aber auf den „Fall“ zu verzichten. Der neue Landesverteidigungsminister wird übrigens, wie wir annehmen, über den formalen Protest gegen eine unbillige Beurteilung österreichischer Offiziere auch eine amtliche Darstellung der im österreichischen Abgeordnetenhaus gerügten Vorgänge in den Lagern Thalerhof und Litz nicht versäumen.

Der Leiter des Finanzministeriums Dr. Freiherr von Winterhagen stimmt der Einschränkung des Budgetprovisoriums auf vier Monate, sowie der Beschränkung der Kreditermächtigung auf sechs Milliarden zu. Der Minister stellte die außerordentlichen Erfolge der sechsten Kriegsanleihe fest, die ein Ergebnis von sicher fünf Milliarden habe und sagte: Der Erfolg ist durchaus echt. Die Rentenpresse wird für die Zwecke der Kriegsanleihe nicht in Anspruch genommen. Es ist auch bisher bei der Kriegsanleihe die Inanspruchnahme der Rentenbanken und der Kriegsdarlehnsklassen für die Zwecke der Lombardierung so gut wie gar nicht vorgekommen.

Wieder bürgerliche Richter und bürgerliches Recht in Oesterreich.

Ein durchschlagender Erfolg parlamentarischer Kritik. Den Wiener Blättern zufolge wird in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, durch den die Kriegsanleihe auf die Zivilpersonen ausgedehnte Zuständigkeit der Militärgerichte für gewisse Verbrechen dahin eingeschränkt wird, daß diese Zuständigkeit nur für das Kriegsgeschehen aufrechterhalten wird, während sie für das Hinterland aufgehoben wird. Die Blätter begrüßen diesen Schritt mit großer Genugtuung.

Die Fabriken Petersburgs werden geräumt.

Wie das Schweizer Ukrainische Bureau mitteilt, soll die Absicht bestehen, alle Fabriken aus Petersburg zu entfernen und sie nach dem Innern des Landes zu schaffen. Als Grund wird angegeben, die Hauptstadt besitze nicht genug Lebensmittel für die Arbeitermassen. Der wirkliche Grund ist jedoch ein politischer: Man will alle verdächtigen Elemente aus der Hauptstadt entfernen. Es ist jedoch eine äußerst schwierige Sache, ganze Fabriken mit all ihrem Zubehör zu transportieren. Man braucht nur an die Räumung Rigas zu erinnern, bei der die Maschinen, die nach Moskau transportiert wurden, monatelang allen Einflüssen der Witterung ausgesetzt waren, so daß sie schließlich völlig einrosteten, dann wird man begreifen, was es für Petersburg bedeutet, wenn dieser Plan zur Ausführung kommt. Sicher ist, daß die Fabriken Petersburgs zum großen Teile ihren Betrieb einstellen werden. Die Forderungen der Proletarier sind so hoch, daß es angeht für die Industriellen völlig unmöglich ist, den Betrieb ihrer Fabriken länger aufrecht zu erhalten. In vielen Fällen haben die Arbeiter die technischen und kaufmännischen Direktoren der Fabriken abgesetzt und selbst die Leitung übernommen. Man nimmt an, daß die vor einiger Zeit erfolgte Demission Konowaloffs, des Ministers für Handel und Industrie, durch diese äußerst kritische Lage der Dinge veranlaßt ist.

Reuterbureau und englische Regierung.

Lynch fragte im Unterhaus, ob das Reutersche Bureau irgendwie geldliche oder sonstige Unterstützungen von der Regierung erhalte, ob seine Meldungen irgendwie einer Überwachung oder Anweisung von Seiten der Regierung unterliegen und ob die Zensur der Reutermeldungen so gehandhabt werde, daß sie ihnen eine besondere Färbung gebe. Bonar Law antwortete: Das Reutersche Bureau empfängt keine Unterstützungen von der Regierung und die Regierung greift in keiner Weise in die Unabhängigkeit dieses Dienstes ein, auch wird an seinen Meldungen keine Zensur ausgeübt, die nicht auch auf andere Nachrichtenbureaus und auf die Zeitungen Anwendung fände.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 25. Juni. Unsere Mittelmeer-N-Boote haben neuerdings 10 Dampfer und 9 Segler von insgesamt

28 580 Brutto-Registertonnen

versenkt. Unter diesen Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer Kallundborg (1500 Tonnen), der italienische bewaffnete Dampfer Hertz (5567 Tonnen) und ein unbekanntes feindliches Schiff von 4000 Tonnen. Die Ladungen aller versenkten Schiffe waren für Häfen der Gattente bestimmt und enthielten 9400 Tonnen Rohöl, 7100 Tonnen Eisen, 5800 Tonnen Treiböl, ferner Schlachtvieh, Olivenöl, Erdnüsse, Salz, Wein, Benzol und Schwefelsäure. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 25. Juni. Neue U-Boots-Erfolge im englischen Kanal, im Atlantischen Ozean und in der Nordsee:

24 000 Brutto-Registertonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein englischer Frachtdampfer, ein großer, tief beladener, durch Beschützer gesicherter englischer Tankdampfer, ein bewaffneter Dampfer von 6000 Tonnen Ladung, anscheinend Stückgut, der aus Geseitzung herandgeschossen wurde, sowie zwei bewaffnete Dampfer, von denen der eine Palmöl und Saffran geladen hatte. Ein weiterer versenkter Dampfer hatte Grubenholz als Ladung. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Opfer des Luftangriffs auf London.

London, 25. Juni. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Verluste bei dem Luftangriff auf London am 13. Juni 157 Tote und 432 Verwundete betragen.

Dazu wird gemeldet: Die Zunahme der Zahl der Todesfälle infolge des Luftangriffs auf London am 13. Juni ist darauf zurückzuführen, daß eine Anzahl von Verletzten gestorben ist, während noch mehrere Leichen unter den Trümmern gefunden worden sind. Unter den Toten befanden sich 24 Frauen und 42 Kinder, unter den Verletzten 116 Frauen und 100 Kinder.

Kleine Kriegsnachrichten.

Holländische Kartoffeln nach England. Bridgman teilte im Unterhaus in Vertretung des Nahrungsmittelkommissars mit, daß mit Holland ein Abkommen getroffen worden sei, um England einen Teil der Kartoffelernte zu sichern, von dem er hoffe, daß er vor der englischen Haupternte verfügbar sein werde.

Die Stichwahl in Amsterdam II ergab die Wiederwahl des bisherigen sozialdemokratischen Vertreters Gerhard mit 1292 gegen 897 Stimmen. Das Gesamtergebnis der Wahlen ändert also an der bisherigen Zusammensetzung der Kammer nichts. Aber die Erfolge der Gegner sind, wenn sie auch zu keiner Eroberung eines Mandats führten, beträchtlich.

Wie Reuter sagt, Berlin, 26. Juni. Amtlich. Reuter verbreitet die Nachricht, daß deutsche Flieger an der Nordfront südlich Smorgon über den russischen Linien Flugblätter folgenden Inhalts abgeworfen haben: „Wir danken Euch für die lange Ruhe und Eure Verbrüderung, die uns gestattet haben, Truppen an die Westfront zu bringen und der englisch-französischen Offensive stand zu halten. Jetzt haben wir davon genug; wir werden den Kampf wieder aufnehmen und auf alle Eure Soldaten schießen, die sich mit uns anbiestern wollen.“ Diese Meldung ist von Anfang bis zu Ende erlogen.

Politische Uebersicht.

Reichstag.

Die nächste Vollsitzung des Reichstags findet am Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht die erste und eventuelle zweite Beratung der Kreditvorlage.

Pflicht zur Demokratie — oder Pflicht zur Unwahrheit?

Auch die „Post“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Ausführungen Scheidemanns. Sie meint, statt auf Demokratie in der inneren Politik zu drängen, sollten wir lieber dem Ausland einzureden versuchen, daß wir die Demokratie nicht nötig hätten. In diesem Sinne schreibt sie:

Hier hätte sich eine große Aufgabe für die deutsche Sozialdemokratie eröffnet: mit nie ermüdender Rede den falschen belehrten Völkern draußen immer und immer wieder ins Ohr zu rufen, daß Deutschland hundertmal gefünder an echten und wahren Volkswerten, an Wohlfahrt und Gesundheit aller seiner Glieder dasteht, als die vorbildlich gerühmten „Demokratien“ des Westens, in denen Geld und Völlerei herrschen. Diese Lehre systematisch zu verkünden, wäre einer nationalen Partei wahrlicher gewesen, als hier und da einmal mit zahnem und halben Verhittungen auf wilde und grobe Beschuldigungen zu antworten, im übrigen aber in Tun und Lassen dabei die feindlichen Einwände mittelbar zu bekämpfen. Auch heute noch wäre es vielleicht, trotz mancher veräußerten Gelegenheiten, Zeit zu entschlossenen handelndem Vorgehen. Statt des Volksbundes zur Erlangung innerer Reformen, der dem Geiste der sozialistischen Führer vorzuziehen, nachzubringen, sollte Deutschland seinen Sinn richten auf die Schaffung einer deutschen Organisation, die, wenn schon unter voller Wahrung ihrer inneren Ansprüche, doch ihr oberstes Ziel sähe in systematischer Belehrung des Auslandes über die innere Lügenhaftigkeit der feindlichen Phrasen.

Lügenhaftigkeit werden wir stets, woher sie auch kommen mag, zurückweisen. Aber gerade darum wird man uns nicht zumuten können, daß wir alles dasheim herandrücken und alles draußen herunterreißen sollen. Das Ausland leidet schwer unter den Lasten des Kapitalismus, aber daß der Kapitalismus bei uns abgeschafft wäre, davon ist uns nichts bekannt. Von „echten und wahren Volkswerten“ sind wir nicht ganz entblößt, aber es gibt im Ausland — wenigstens in Friedenszeiten — „echte und wahre Volkswerte“, die wir leider noch nicht besitzen. Diesen Mangel durch „nie ermüdende Reden“ verdecken zu wollen, wäre ungeschickt und unwürdig. Ihn ehrlich einzugestehen und ihn durch nie ermüdende Tat zu beseitigen, das allein scheint uns wirklich national gehandelt.

Die Presse im Kriege.

Ueber die schwere Lage der Presse macht die in Hannover erscheinende „Deutsche Volkszeitung“ folgende beherzigenswerte Ausführungen:

Der Inhalt der deutschen Zeitungen stimmt heute im allgemeinen fast wörtlich überein, da diese sämtlich von der gleichen Stelle gespeist werden und durch die Zensureinschränkungen nicht in der Lage sind, sich irgendwie zu entfalten und selbst Stellung zu den Tagesereignissen zu nehmen. Sie vermögen ihre Parteirichtungen nicht wahrzunehmen und gleichen immer mehr der sogenannten „Einheitszeitung“, die ja dem Staate als Ideal vorschwebt, aber letzten Endes dazu führen muß, daß die deutsche Presse im Auslande an Ansehen und Einfluß verliert. Gleichzeitig verlieren die deutschen Zeitungen das Vertrauen der Leserschaft, die sich ihre Information lieber aus den Blättern der neutralen Völker holt. Dieser bedauerliche Zustand, auf den übrigens die Presse wiederholt ausdrücklich aufmerksam machte, hat sich leider bis heute nicht geändert, da unsere maßgebenden Stellen nach dieser Richtung kein Verständnis zu bekunden geneigt sind. Die Aufsätze und Nachrichten, die den Zeitungen zur unbedingten Veröffentlichung zugewiesen werden, sind mindestens sehr oft nicht für alle Schichten des Volkes geeignet und verständlich, während doch sonst die Zeitungen bemüht sein müssen, sich inhaltlich der Auffassung und den Bedürfnissen ihrer Leserkreise, sowie der betreffenden Parteirichtung anzupassen. Deshalb hört man auch sehr oft im Publikum die berechtigte Klage: „Es ist ganz einerlei, welche Zeitung wir lesen, denn es steht in jeder dasselbe darin. Wir sollen nur glauben, was man uns vorsetzt und was man oben nicht wünscht, wird nicht gedruckt.“

Wir glauben allerdings, daß man den „Vorwärts“ mit freiem Auge noch von der „Nordd. Allgem. Zeitung“ unterscheiden kann, halten aber die Klagen der „Deutschen Volkszeitung“ deswegen nicht für weniger berechtigt. Die „Volkszeitung“ übersteht nur, daß die Presse selbst an den gerügten Zuständen einen guten Teil der Schuld trägt. Würde sie mit vereinter Energie auf die Abstellung von Zuständen hinwirken, die sie allgemein als mißlich empfindet, so wäre ihr der Erfolg gewiß.

Der Stoß in unser Herz.

Ein freundlicher Wind hat dem „Berliner Tageblatt“ ein Rundschreiben des Rechtsanwalts Claf in Mainz, des ersten Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, auf den Redaktionsstisch geweht. Darin ruft Herr Claf die Opferwilligkeit seiner Gesinnungsgenossen an, damit sie eine Erhöhung des Kapitals der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft m. B. G. zu Berlin von 3,5 auf 7 Millionen Mark ermöglichen. Diese Gesellschaft soll aus der jetzt noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden „Deutschen Zeitung“ ein großes führendes Blatt machen und die Leistungsfähigkeit der „völkisch zuverlässigen Provinzpresse“ so erhöhen, „daß sie den örtlichen zerstreuten und gleichgültigen Zeitungen Widerstand leisten kann“. Dann heißt es weiter:

„Diese beiden, von vornherein ins Auge gefassten Zwecke verlangen und rechtfertigen die Kapitalerhöhung; hierbei mitzuhelfen, rufe ich jetzt die Gesamtheit der Gesinnungsgenossen auf und hoffe heute in noch höherem Grade Gehör zu finden, wie am Ende des vorigen Jahres bei meiner ersten Bitte. Denn alles, was ich da-

mals zur Begründung dieses Vorgehens angeführt habe, hat sich bestätigt, ist verstärkt, verschärft worden: die Schwäche der Regierung, die Annahme der sozialistischen Führer, die steigende innere Hälloigkeit und Verwirrung, das Drängen der rein händlerischen, geldmäßig gerichteten Kreise auf schnellen Frieden um jeden Preis — alle diese Erscheinungen reden eine deutliche Sprache und verlangen von den Unabhängigen im Lande, daß sie sich aufrufen zum notwendigen entschlossenen Auftreten, das das wahre Gebot der Stunde ist. Ohne eigene Presse ist dies aber nicht möglich. Deshalb gilt es, unserer Bewegung die eigene unabhängige, leistungsfähige Presse zu schaffen. Wie richtig dieser Gedanke ist, hat die Mut unserer Gegner in allen Lagern gezeigt, als die Gründung der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft und der Erwerb der „Deutschen Zeitung“ bekannt wurde — „Berliner Tageblatt“, „Frankfurter Zeitung“, der „Vorwärts“, und wie sie alle heißen, und ihre Hintermänner haben erkannt, daß es einen „Stoß ins Herz“ für ihre Macht bedeutet, wenn eine unabhängige, stolze, leistungsfähige, deutsche Presse entsteht und den Kampf um die Beherrschung der öffentlichen Meinung in völkischem Sinne aufnimmt.“

Gegen die Stöße dieses reich vergoldeten Dolches fühlen wir unser Herz ziemlich sicher, und darum besteht die Mut, die sie an uns bemerkt haben wollen, nur in der — sie selbst würden sagen orientalischen — Phantasie unserer Herren Gegner. Viel eher fürchten wir, daß die ausländische Presse, deren enge Beziehungen zum Kapital hierzulande gerade jetzt so lebhaft kritisiert werden, zur Sammelartigkeit des Alldeutschen Verbandes ihren eigenen Kommentar schreiben wird.

Folgen der Halbheit.

In der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht der Landtagsabgeordnete Walter Graef seinen dritten Artikel zur Verteidigung Seydetrands gegen Dr. Friedrich Thimme. Er wehrt gegen die schweren Anklagen Thimmes freilich nicht Erhebliches vorzubringen; nur an einer Stelle versteht er, seinen Gegner richtig zu packen. Er schreibt nämlich:

Ganz allerliebste macht es sich, daß Dr. Thimme das „durch und durch unfruchtliche, mit dem Geiste des Christentums vollkommen unvereinbare Klassenwahlrecht“ in Grund und Boden verdammt, und wenige Zeilen später von ihm früher vertretene „Vorschläge zur Einführung eines nach der gesamten staatlichen und sozialen Leistung abzustufenden Wahlrechts“ in Erinnerung bringt. Weiß er nicht, daß seine demokratischen Freunde jede Abstufung des Wahlrechts als verabsichtungswürdiges Klassenwahlrecht bezeichnen? Armer Herr Dr. Thimme, nun sind Sie selbst die Sünde wider den Geist des Christentums bloß! Das kommt davon, wenn man sich auf den Weg verschrobener Gedankenkonstruktionen begibt.

Für Herrn Graef ist natürlich jeder Weg, der vom geliebten Dreiklassenystem wegführt, ein Weg „verschrobener Gedankenkonstruktion“. Wenn man aber diesen Weg hinweg von der wirklichen Verdräbenheit des Dreiklassenystems nicht zu Ende geht, dann ist man wehrlos gegen Vorwürfe, wie sie hier Herr Graef gegen den Verfasser der Offenen Briefe an Seydetrand erheben kann.

Letzte Nachrichten.

Das niederländisch-deutsche Abkommen.

Berlin, 26. Juni. Amtlich. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung wegen der am 22. Februar 1917 infolge eines unglücklichen Zufalls durch ein deutsches Unterseeboot im Sperrgebiet versenkten niederländischen Handelsdampfer sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Der Admiralsstab hatte bekanntlich den niederländischen Neederreien zugesagt, den im Sperrgebiet versenkten Unterseebooten die Schonung dieser Dampfer für den erwähnten Tag durch Funkpruch zu befehlen, dabei aber ausdrücklich hinzugefügt, daß er eine Gewähr für das Empfangen des Funkpruchs durch sämtliche beteiligten Unterseeboote nicht übernehmen könne. Die Neederreien hatten daraufhin das Auslaufen ihrer Schiffe veranlaßt, anstatt den ihnen als unbedingt sicher bezeichneten Termin vom 17. März zu wählen. In der Tat sind die niederländischen Schiffe durch ein Unterseeboot versenkt worden, das wider alles Erwarten infolge Störung seiner Funkpracheinrichtung den Befehl nicht erhalten hatte.

Bei dieser Sachlage konnte die deutsche Regierung eine Verantwortung für den auch von ihr lebhaft behauerten Vorfall nicht anerkennen. Sie hat sich jedoch aus Teilnahme und freundschaftlicher Gesinnung bereit finden lassen, zur Abwendung der den Niederlanden durch die Schiffverluste erwachsenen wirtschaftlichen Schäden gleichwertige in Niederländisch-Indien liegende deutsche Schiffe der niederländischen Regierung zur Verfügung zu stellen, wogegen diese für die versenkten Schiffe zu zahlenden Versicherungssummen herauszugeben will. Die Ersatzschiffe sind für die niederländisch-transoceanische Fahrt bestimmt und werden erst auslaufen, nachdem unsere Gegner den Flaggewechsel anerkannt haben. Die deutsche Regierung wird weiter den Befehlungen der versenkten Schiffe, wovon glücklicherweise niemand ums Leben gekommen ist, den etwa erlittenen Schaden ersetzen.

Die niederländische Regierung hat das bei diesen Verhandlungen bewiesene Entgegenkommen der deutschen Regierung mit Dank anerkannt, so daß damit der die Beziehungen der beiden Länder trübende Zwischenfall erledigt ist.

(Siehe dazu auch die Meldung auf der ersten Seite. Red. des „Vorwärts“.)

Loyale Neutralität der Schweiz.

Bern, 26. Juni. Bundesrat Ador hielt anlässlich seiner Wahl zum Leiter des politischen Departements eine Rede, in der er u. a. ausführte:

„Entschlossen, gewissenhaft alle Pflichten zu erfüllen, die uns eine loyale Neutralität auferlegt, werde ich die feierlichen Erklärungen des Bundesrats anlässlich der Verkündung des schweizerischen Volkswillens, neutral zu bleiben, nie vergessen. Ich sage bei, daß ich auch die Rechte des Staates der Eidgenossenschaft zu verteidigen wissen werde, die in ihrer Freiheit und Unabhängigkeit keinen Einfluß von außen erleiden dürfen. (Beifall.) Alle meine Anstrengungen, die einzig von meiner heißen Vaterlandsliebe eingegeben sind, gehen darauf aus, seine ehrenvollen Ueberlieferungen der Gerechtigkeit, der Treue und der Achtung vor dem Volkswillen, mit welchen unsere Demokratie fest verbunden ist, zu erhalten, und weiter auszubauen. Unser Vaterland, treu bewacht von unserer tapferen Armee, harzt in der Bereinigung aller Bundesgenossen, unsere Rechte und Verantwortlichkeiten erkennend, kann die über Europa hereingebrochene Krise überleben, indem es sich immer größere Liebe und Achtung verschafft und das Beispiel einer Demokratie gibt, die auf das große Ideal der Gerechtigkeit und Solidarität hin gerichtet ist. Mit diesen Gefühlen und mit dem Willen, an die Veruhigung und Einigung unter den Eidgenossen zu arbeiten, nehme ich die Wahl an.“

Eine „wichtige“ Rede Lloyd Georges.

Amsterdam, 26. Juni. „Allgemein Handelsblad“ meldet aus London, daß Lloyd George am Freitag in Glasgow eine wichtige Rede über den Krieg und die Kriegsziele der Alliierten gehalten hat.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Neber die Lage des Arbeitsmarktes im Mai 1917 berichtet das vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ in seinem Juniheft, wie folgt:

Die Kraft, mit der die deutsche Kriegswirtschaft seit Monaten arbeitet, um den Erfordernissen des Heeres und des Inlandsmarktes zu genügen, zeigte sich auch im Mai unvermindert stark und verriet mit dem Mai des Vorjahres verglichen vielfach noch eine Steigerung.

Im Bergbau und Hüttenbetrieb macht sich dem Vormonat gegenüber teilweise eine Steigerung des Abflusses bemerkbar. Insbesondere ist hier wie bei der Metall- und Maschinenindustrie verschiedentlich eine höhere Arbeitsleistung als im Mai des Vorjahres festzustellen. Die elektrische wie die chemische Industrie arbeiteten ebenso reger wie im Vormonat. Für die Nahrungsmittelindustrie ist im ganzen eine Abschwächung kennzeichnend, während das Bekleidungs- und Lederhandwerk eine Veränderung in seiner im allgemeinen befriedigenden Lage nicht erfahren hat. Für den Baumarkt macht sich keine erhebliche Veränderung geltend.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. Juni 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. Mai gegenüber insgesamt eine Zunahme um 100 198 Beschäftigte oder um 1,41 Proz. (gegenüber einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um 1,42 Proz. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres). Das Zunahmeverhältnis ist bei beiden Geschlechtern annähernd gleich. Die Steigerung der männlichen Beschäftigung betrug 1,16 Proz. (gegenüber einer solchen um 1,26 Proz. im Vorjahr). Die Erhöhung der weiblichen Beschäftigung stellte sich am 1. Juni auf 1,64 Proz. (gegenüber einer Zunahme um 1,61 Proz. im Vorjahr). Daß die noch stärkere Zunahme des vorigen Monats nicht ganz erreicht worden ist, erklärt sich in erster Linie daraus, daß der April infolge des Eintritts der schulentastenden Jugend, ins Erwerbsleben in der Regel eine außerordentlich hohe Zunahme verzeichnet. Zu berücksichtigen ist bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht einbezogen ist.

Die Arbeitslosigkeit war gegen den Mai der drei vorhergehenden Jahre wesentlich gesunken, da sie 1914 2,8, 1915 2,9 und 1916 2,5 Proz. betrug.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmontat für das männliche wie das weibliche Geschlecht ein Sinken des Andranges der Arbeitsuchenden erkennen. Im Mai kamen auf 100 offene Stellen bei den Männern 53 Arbeitsuchende (gegen 56 im Vormonat), während beim weiblichen Geschlecht sich der Andrang von 107 auf 96 verminderte.

In Berlin-Brandenburg stand der Arbeitsmarkt im heißen Jahreszeit in Anspannung.

Der Buchbinderverband im Jahre 1916.

Wenn eine Gewerkschaft nach mehr als zweijähriger Kriegsdauer in ihren Grundbesitzen nicht nur unerschüttert geblieben ist, sondern auch noch Fortschritte in der Mitgliederwerbung und in ihren Vermögensbeständen aufzuweisen hat, so beweist das am schlagendsten, für wie notwendig sie von den Berufsangehörigen gehalten wird. Der Buchbinderverband ist in der glücklichen Lage, das von sich sagen zu können, wie der soeben erschienene Jahresbericht seines Vorstandes erkennen läßt.

Die Mitgliederzahl betrug Ende 1915: 6283 männliche und 10 722 weibliche, zusammen 17 005 Mitglieder; dagegen Ende 1916: 6480 männliche, 11 072 weibliche, also insgesamt 17 552 Mitglieder. Näher man die zum Heeresdienst Einberufenen nicht als Verlust, da man doch annehmen muß, daß sie bei Entlassung aus dem Heer wieder Verbandsmitglieder werden, so hat eine Mitgliederzunahme stattgefunden. Die Arbeitslosigkeit ist allerdings im Buchbinderverband auf ein noch nie in Friedenszeiten dagewesenes Mindestmaß herabgesunken. Immerhin mußten für Arbeitslose noch 53 614 M. aufgewandt werden. Die gesamten Einnahmen des Verbandes, ausschließlich der der örtlichen Kassen, betragen 401 869 M.; 37 118 M. weniger als im Vorjahr. Die Ausgaben beliefen sich auf 310 686 M. Der Vermögensbestand stellte sich im letzten Jahre vor dem Kriege, also Ende 1913 auf 1 879 670 M., davon 369 319 M. in den örtlichen Kassen; dagegen Ende 1916 auf 1 423 299 M., wovon 346 192 M. sich in den Kassen der örtlichen Zahlstellen befanden. Da vom Verbandsvermögen aber ein erheblicher Teil für Invalidenunterstützung in Reserve gehalten werden muß, wenn auch die Ausgaben dafür jetzt noch — 1916 nur 2640 M. — gering sind, so warnt der Verbandsvorstand doch davor, die finanzielle Lage des Verbandes allzu rosig anzusehen, zumal nach dem Kriege die überragende Mehrzahl der Tarifverträge ablaufen und harte Lohnkämpfe vielleicht große Summen verdrängen könnten.

Bei den Lohn- bezw. Teuerungszulagebewegungen wurden für 15 481 Berufsangehörige wöchentliche Lohn- und Teuerungszulagen von 36 572 M., also für den Kopf 2,36 M. im Durchschnitt erzielt. Damit dürfte jedoch nur das Erreichte worden sein, was unmittelbar als Teuerungszulage gewährt wurde, nicht aber die Lohnzulagen.

Im Jahresbericht rollt das ganze Leben des Verbandes vorüber, das trotz des Krieges vielseitig ist und infolge seines durchaus gesunden Kerns die besten Hoffnungen auch für die Zukunft des Buchbinderverbandes zuläßt.

Berlin und Umgegend.

Verkürzung der Arbeitszeit in den Eisenbahnwerkstätten.

Am Montag hatte der Arbeiterausschuß die in der Versammlung am Freitag angekündigte Verhandlung mit der Direktion. Das Ergebnis dieser Unterredung spricht dafür, daß das Vorgehen der Eisenbahner nicht ohne Erfolg geblieben ist. Dem Ausschuss wurde der Bescheid, daß auf Grund einer Verfügung des Ministers die Arbeitszeit in allen preussischen Eisenbahnwerkstätten vom 1. Juli ab um eine Stunde verkürzt werden soll.

Das bedeutet für die Berliner Werkstätten, daß statt der bisherigen zwei Ueberstunden nur noch eine Ueberstunde gemacht wird. Die Forderung der Berliner Eisenbahnerversammlung am Freitag: Reinständige Arbeitszeit ohne Ueberstunden, ist damit allerdings nicht erreicht. Sie haben nun statt der effizienten die zehn-stündige Arbeitszeit, die in einem Teil der Berliner Eisenbahnwerkstätten schon jetzt innegehalten wird, zum anderen Teil, gemäß der Ministerialverordnung, vom 1. Juli ab eintreten soll.

Der Arbeiterausschuß ließ sich in der Unterredung mit der Direktion davon überzeugen, daß wegen der hohen Anforderungen,

die gegenwärtig an den Eisenbahnbetrieb, namentlich auch in militärischem Interesse, gestellt werden, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zurzeit nicht möglich sei. Anscheinend sind auch die Arbeiter in der Mehrheit unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse mit diesem Ergebnis zufrieden. Damit dürfte also die Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit einstweilen abgeschlossen sein.

Anders verhält es sich dagegen mit der Forderung einer Lohn- und Teuerungszulage. Zeitungs-meldungen zufolge soll den Arbeitern durch Ministerialverordnung eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 6-8 Pf. zugesichert sein, was der Arbeiter Eisenbahnerverband — wie wir wissen, aus welchen Gründen — als einen Erfolg seiner Tätigkeit hinstellt. Wie dem auch sei: diese Lohnzulage befriedigt die Arbeiter, soweit sie zum Deutschen Eisenbahnerverband halten, durchaus nicht. Eine Zulage von 6-8 Pf. für die Stunde würde nur den Lohnausfall für die fortfallende Ueberstunde einbringen, also eine wirkliche Lohnhöhe nicht darstellen. Die Löhne der Eisenbahnarbeiter stehen so weit hinter den Löhnen in der Privatindustrie zurück, daß sich schon aus diesem Grunde eine angemessene Aufbesserung nötig macht. Unabweisbar ist sie jedoch im Hinblick auf die fortgesetzt steigenden Preise der Lebensmittel. Die Arbeiter wollen deshalb den Versuch, eine den Verhältnissen entsprechende Lohnhöhe zu erhalten, nicht aufgeben, sondern ihre Bemühungen in dieser Richtung energisch fortsetzen.

Die Teuerungszulagen der Buchbinder.

Eine Versammlung aller in Buchbindereien, Buchdruckerien und Geschäftsbücherfabriken beschäftigten Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen nahm am Montag den Bericht über die neuen Verhandlungen entgegen, die in der Frage der Teuerungszulagen mit den beiden Unternehmerorganisationen stattgefunden haben.

Rüger berichtete zunächst über die Verhandlungen mit den Berliner Buchbindervereinigungen betreffend den lokalen Extrazuschlag für Berlin. Bei den Leipziger Vereinbarungen mit den deutschen Buchbindervereinigungen, die über die Regelung der Teuerungszulagen für die Buchbindereien in Berlin, Leipzig und Stuttgart getroffen sind und über die der „Vorwärts“ feinerzeit berichtet hat, war die Frage des Berliner Sonderzuschlages ausgeschieden worden. Sie blieb lokaler Regelung vorbehalten. Nach schwieriger Verhandlung mit dem Verein Berliner Buchbindervereinigungen ist über den lokalen Sonderzuschlag eine Vereinbarung getroffen worden, die für diesen Zuschlag eine gegen früher abweichende Form wählte. Früher war er in Prozenten festgesetzt. Jetzt sind es feste Wochenzuschläge zu den Wochenlöhnen der in Leipzig für Berlin, Leipzig und Stuttgart vereinbarten, nach Verdiensten abgestuften Teuerungszulagen. Eine Umrechnung ergibt, daß es im allgemeinen 10 Proz. sind und daß nur bei Verdiensten über 70 M. der Lokalzuschlag bis auf 8 Proz. sinkt. — In Berlin sind nach der neuen Vereinbarung zusammen an allgemeiner Teuerungszulage und lokalem Sonderzuschlag folgende Sätze zu zahlen: Arbeiter in Zeit- und Akkordlohn erhalten bei einem Wochenverdienst bis 34 M. die Verheirateten 18 M., die Ledigen 11,50 M. bei einem Wochenverdienst über 34 bis 38 M. die Verheirateten 11,50 M., die Ledigen 10 M., bei einem Wochenverdienst über 38 bis 42 M. die Verheirateten 10 M., die Ledigen 8,50 M., bei einem Wochenverdienst über 42 bis 60 M. die Verheirateten 8 M., die Ledigen 6,50 M., und bei einem Wochenverdienst von mehr als 60 M. die Verheirateten 7 M., die Ledigen 5,50 M. — Arbeiterinnen in Zeit- und Akkordlohn erhalten 3,50 M. bei einem Wochenverdienst von 12 M., 6,50 M. bei einem Wochenverdienst über 12 bis 20 M., 4,50 M. bei einem Wochenverdienst über 20 bis 30 M. und 4 M. bei einem Wochenverdienst von mehr als 30 M.

Die Gestaltung der Teuerungszulagen in den Berliner Buchdruckerien und Geschäftsbücherfabriken betraf der zweite Teil des von Rüger erstatteten Berichtes. Der Verein Berliner Buchdruckerbestitzer hatte, wie schon im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, bei früheren Verhandlungen in Bezug auf die Teuerungszulagen des männlichen und weiblichen Buchbinderpersonals in Buchdruckerien und Geschäftsbücherfabriken bestimmte Vorkäufnisse gemacht, die vom 1. Mai ab in Geltung sind. Es hatten sich aber weitere Verhandlungen notwendig gemacht, namentlich im Hinblick darauf, daß den Berliner Buchdruckergehilfen neben den vom Tarifamt festgesetzten neuen Teuerungszulagen inzwischen noch ein lokaler Kriegszuschlag bewilligt worden war. Ein gleichartiger Kriegszuschlag wurde für die Buchbinder in Buchdruckerien und Geschäftsbücherfabriken ebenfalls verlangt. Die Verhandlungen waren auch hier schwierig. Schließlich wurde zwischen den Vertretern der Berliner Buchdruckerbestitzer, vorbehaltlich der Zustimmung des Plenums des Vereins Berliner Buchdruckerbestitzer, folgendes vereinbart:

Der lokale Berliner Kriegszuschlag für Buchbindergehilfen, der außer der schon früher bewilligten Teuerungszulage bewilligt wird, soll betragen: für Tischarbeiter bei einem Wochenlohn bis 32,50 M. für Verheiratete 5 M., für Ledige 3,50 M., bei höherem Wochenlohn bis zu 38,50 M. für Verheiratete 4 M., für Ledige 2,50 M. und bei einem darüber hinausgehenden Wochenlohn bis zu 40,50 M. für Verheiratete 3,50 M., für Ledige 2 M. Gehilfen mit höheren Löhnen, die aber einschließlich der früher bewilligten Teuerungszulage im Wochenverdienst unter 51,50 M., wenn verheiratet, unter 50 M., wenn ledig, unter 48,50 M. bleiben, erhalten als lokalen Kriegszuschlag soviel, daß sich ein Wochenverdienst von 50 M. für Verheiratete und ein solcher von 48,50 M. für Ledige ergibt. Für Spezialarbeiter (Presser, Hefter, Beschneider usw.) werden als Berliner lokaler Kriegszuschlag außer der früher bewilligten Teuerungszulage gezahlt: bei einem Wochenlohn bis zu 34 M. für Verheiratete 5 M., für Ledige 3,50 M., bei höheren Wochenlöhnen bis zu 40 M. für Verheiratete 4 M., für Ledige 2,50 M. und bei Löhnen darüber hinaus bis zu 42 M. für Verheiratete 3,50 M., für Ledige 2 M. Gehilfen (Spezialarbeiter) mit höheren Löhnen, die aber einschließlich der früher bewilligten Teuerungszulage im Wochenverdienst unter 51,50 M., wenn verheiratet, und unter 50 M., wenn ledig, bleiben, erhalten als Kriegszuschlag soviel, daß sich ein Wochenverdienst von 51,50 M. für Verheiratete und von 50 M. für Ledige ergibt. Der besondere lokale Kriegszuschlag ist bei Leistung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit auf den Stundenlohn zu verrechnen, die tarifliche Teuerungszulage dagegen nicht. Die Auszahlung des lokalen Berliner Kriegszuschlages erfolgt erstmalig in der Lohnwoche vom 1. bis 8. Juli.

An den Bericht knüpfte sich eine Diskussion. Wenn auch die Diskussionsredner von den mitgeteilten Resultaten nicht befriedigt

waren, so kam doch zum Ausdruck, daß die Versammlung mit der Branchenleitung der Auffassung war, daß sich unter den obwaltenden Umständen nicht mehr erreichen ließ.

Industrie und Handel.

Wiedereröffnung des Börjensechrs.

Der Verein für die Interessen der Fondsbörse zu Berlin hat an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe eine Eingabe gerichtet, in der die Wiedereröffnung der Börse beantragt wird. In durch manche Erfahrungen der letzten Jahre die volkswirtschaftliche Notwendigkeit eines vornehmlich geregelten Wertpapierverkehrs von neuem dargelegt worden sei.

Die Eröffnung der Börse hätte den Vorteil, daß die Wisse Kaufs, die sich jetzt im Dunkeln austobt, ans helle Licht der Kritik gezogen würde. Nachteilig ist die Erleichterung der Spekulation für das Publikum. Sicher wäre in diesem Zusammenhang auch die Stellung der Banken und Bankiers nachzuprüfen, die jetzt als Eigenhändler, nicht als Kommissionäre den Kunden gegenüberstehen und daher in wahrhaft unverdämmerter Weise den höchsten bzw. niedrigsten Tageskurs berechnen können, auch wenn sie zum niedrigsten bzw. höchsten Tageskurs gekauft oder verkauft haben.

Die ewigen Kapitalserhöhungen.

Es wird schon wieder eine neue Kapitalserhöhung gemeldet. Die Fahrzeugfabrik Eisenach, die sowohl in ihrem Stammvertriebe große Erweiterungen durchgeführt, wie auch eine Fabrik bei Hanau erworben hat, erhöht ihr Kapital um 1/2 auf 4 1/2 Millionen Mark.

Nach einem hiesigen Börjensechre beabsichtigt die Daimler Motoren - Akt. - Ges. auf je eine alte Aktie zwei neue Aktien zum Nennwerte auszugeben. Begründet wird diese große Kapitalserhöhung — es handelt sich um eine Kapitalserhöhung von 8 auf 24 Millionen Mark — damit, daß neue große Aufträge vorliegen. Aber erstens hat die Gesellschaft ein sehr großes Bankguthaben, zweitens schließen die hohen Preise der Nahrungsmittelierungen auch die Kosten von Neuanlagen ein, und drittens könnte sich die Gesellschaft die 16 Millionen Mark sehr leicht durch Ausgabe von Schuldverschreibungen oder durch Prioritätsaktien beschaffen, die auf den Gewinn vorweg 5 Proz. oder 6 Proz. erhalten, deren Anteil am Gewinn aber auch darauf beschränkt bleibt. Angeht soll diese Kapitalserhöhung recht bald in einer außerordentlichen Generalversammlung erfolgen. Man darf immerhin mit Spannung abwarten, ob sich der preussische Handelsminister und der Reichsbankpräsident diesen Wünschen fügen und ruhig zusehen werden, wie nicht nur Kapital überflüssigerweise der Anlage in Kriegsanleihe entzogen wird, sondern wie, was noch schlimmer wiegt, das Kapital durch die Chancen solcher Kapitalserhöhungen überhaupt von dem Rentenmarkt ab und dem Aktienmarkt zugeleitet wird.

Ein königliches Generalverkehrsamt.

Am 1. Juli d. J. wird die von der Staatseisenbahnverwaltung eingerichtete Generalbetriebsleitung Ost aufgehoben und die von dieser bisher bearbeiteten Betriebsangelegenheiten gehen auf die Betriebsabteilung des Eisenbahnministeriums über. Die bisher von der Generalbetriebsleitung Ost bearbeiteten Verkehrsangelegenheiten hat der Minister der öffentlichen Arbeiten vom gleichen Zeitpunkt ab dem kgl. Eisenbahn-Zentralamt mit der Maßgabe übertragen, daß die einheitliche Leitung dieser Angelegenheiten nicht nur für den Bereich der bisherigen Generalbetriebsleitung Ost, sondern für den Bereich aller nicht zur Generalbetriebsleitung West gehörender Eisenbahndirektionsbezirke auf das Eisenbahn-Zentralamt in einer besonderen Gruppe vereinigt und unter der Firma „Königliches Generalverkehrsamt“ erledigt werden. Dem Generalverkehrsamt obliegt somit in Zukunft die Ueberwachung der gesamten Verkehrsverwaltung innerhalb seines Bezirkes. Es hat zur Frachtraumersparnis und zur Entlastung des Betriebes dahin zu wirken, daß unnötige Transporte unterbleiben, ungewöhnliche Ladungsmengen geregelt werden. Zu diesem Zwecke hat es insbesondere auf eine Entlastung der Eisenbahnen durch die Wasserstraßen, auf ein Zusammenfassen des Verkehrs — insbesondere des Massentransportes — in geschlossenen Zügen, auf eine zweckentsprechende Regelung des Stückgutverkehrs und Ausgestaltung der Leitungs- und Ladevorschriften planmäßig hinzuwirken. Der Eisenbahnminister legt Wert darauf, daß die Eisenbahndirektionen die Tätigkeit des Generalverkehrsamtes in jeder Weise, insbesondere auch durch Anregungen, unterstützen.

Berichtszeitung.

Aus dem Posener Getreidefälschungsprozeß. Im Laufe des ersten Verhandlungstages gab der landwirtschaftliche Sachverständige Carell ein Gutachten ab über die Gersten- und Saatgerstentypen vor und während des Krieges, über den normalen Friedensverdienst, den Kriegsverdienst, die hohen Speise in Kriegszeit usw. Im Frieden habe der Getreidehändler an der Tonne Gerste 5-6 M. Verdienst gehabt, im Kriege müsse er das Doppelte haben. Der Sachverständige sagt aus, daß der Angeklagte durch die Angabe, er habe Saatgerste gekauft, wahrscheinlich bloß eine Verjährung des Geschäfts habe vornehmen wollen. Kosten von 3000 Tonnern Saatgerste, wie sie der Angeklagte gehandelt hat, kämen gar nicht vor. Die Saatgerste sei ein so diffiziler Artikel, daß man höchstens 200 bis 300 Tonnern in Friedenszeiten gekauft und verkauft hätte. — Beim Beginn des zweiten Verhandlungstages äußerte sich der Angeklagte über seine Vermögensverhältnisse und bemerkte dabei, daß ihn die „Wechselerei“ der Gutbesitzer in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht habe. Seine Geschäfte mit beschlagnahmter Gerste, Weizen, Saatgerste usw. hat der Angeklagte mit den Rittergutsbesitzern v. Rossow und Plucincki gemacht. Als ihm die Ungenauigkeiten in seiner Buchführung vorgehalten werden, entgegnet er: „Im die Bücher habe ich mich niemals gekümmert. Ich verstehe auch nichts davon!“

Bericht vom 1. Juli: Dr. Franz Bierlich, Berlin-Friedman; für die b. Abteilungen des Reichsgerichts, Berlin; für die Anwaltschaft, Berlin; Dr. u. Verlog: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gleis 1 Befolge und Unterhaltungspflicht.

Cigarren, Cigaretten, Kantabake
Engros
F. Ernst Borch, Eissenerstr. 21.
Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Kant. Messina u. Römertrank-Keil.
C. J. Barisier, 5a, Fernsp. Kpt. 13708
Bad-Anstalten
Central-Bad Neukölln
Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Kottbusser-
Damm 79.
Passage-Bad Kottbusser-
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 66.
Bäder- u. Konditoreien
Oskar Hanke's Brothäck.
75 Geschäfte
In allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Troptow
gegründet 1892.
F. Kleewetter, Schilowstr. 14.
G. Meier, Ordoerweg 27.

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Otto Wolff, Troptow, Kröllstr. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 154
Bandagen, Gummi.
R. Hanks, Stralauer Str. 14.
E. Kraus, Kommandantenstr. 15.
A. E. Lange, Brunnenstr. 108
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram

Bezugsquellen-Verzeichnis.
August Holtz 15 Detail-
Geschäfte.
Brauerei Bötlow
empfehlen
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
Mönchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasenstr. 97 Tel. Kpn. 2081, 2082
Drogen und Farben
Verder-Drogerie, Britz, Bahnhöfstr. 12

Essigfabriken
Timmer-Essig
überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbach
Charlottenburg, Berlin, Anst. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericks, Petersburgstr. 21
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 25
Herrn- u. Knabengard.
Badstr. 26, Ecke
Prinzess-Allee.
J. Baer
Leske & Siupecki, Schick, Altes 7
Rosenthalerstr. 3.
Fabisch & Co., Eckhaus Linienstr.
Kolonialwaren
Adam Schmidt, Schilowstr. 11.

Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Röhmann, P. Müllerstr. 40b, Z. Seest
Mohandlungen
Bethke, Georg, Kottbusser-
str. 44.
Stückli, Weestr. 33, Kaiser-Friedr.
Str. 44, Weestr. 189, Friedelstr. 23
Troptow, Grätz-Str. 41.
Gaede, Otto Charlotten-
burg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75
Ecke Cuvrystr.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26
Nähmaschinen
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbusser-
str. 18/19
Damm 18/19
Kurt, Wein-, Wollw., Frikotag.
Hermann Meyer, Schilowstr. 21.
Photogr. Apparate
M. Albrecht SO, Kottbusserstr. 2.
auch Gelegenheitskaff.
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Soling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
**Herm. Meyer & Co., Act.-
Ges.** ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21, Alt Moabit
98/103
Ältester und grösster
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nolln, Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, Nolln, Bergstr. 41
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Goldw. Allee 40
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-
Sterbekassenversicherung, Straße 3.
Spandau
Schweicrict, Schilowstr. 17, 17a, 17b.

Außerordentliche Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes.

Zu dem Referat Jädels über die Notwendigkeit der Aufhebung der Löhne in der Textilindustrie...

Die Periode der Kriegshochkonjunktur brachte den Arbeitern und niederen Beamten der Textilindustrie nichts weiter als die nicht leichte Arbeit der Umschaltung aus der Friedens- in die Kriegproduktion...

Am 7. August 1915 richteten wir sodann an das Arbeitsbeschaffungsamt in Berlin eine Eingabe und empfahlen Festsetzung eines Minimallohnes und Schutz gegen Lohnreduktionen...

Die Ansicht des Kriegsministeriums, daß die Ziffer 1 der Lieferungsbedingungen des Arbeitsbeschaffungsamtes vollst. genügen, um den Arbeitern und Angehörigen angemessene Bezahlung zu gewährleisten, hat sich als falsch herausgestellt...

langen nach Brot und Lohn, vieles Streikbegehren einzelner Orte, wilde Streiks kündeten an, daß die Geburt der Arbeiterschaft zu Ende ist...

Redner kritisiert scharf die nach Form und Inhalt anschaubares Antwortschreiben des sächsischen Kriegsministeriums vom Mai dieses Jahres...

Mit dem Beschluß des Aktionsausschusses sei dem Verbandsvorstand die Marschroute vorgezeichnet. Wenn alles nicht helfe, dann könne die Verbandslitung die Arbeiter nicht länger abhalten vom Kampfe um Brot und Lohn...

Mit einer nochmaligen Hervorhebung der Forderung der Garantie und Minimallohne, der Gewährung von Lebenslöhnen und einem warmen Appell zum treuen Aushalten in guten und bösen Tagen, schließt der Redner.

2. Verhandlungstag.

Rugsburg, den 26. Juni.

Grühl-Berlin eröffnete die Debatte über die am Sonntag von Müblich und Jädels gehaltenen Referate mit einer Schilderung der Berliner Verhältnisse. Die Textilarbeiter leiden durchweg an einer schlechteren Ernährung als die Arbeiter der sonstigen Nahrungsgüterindustrie...

Scholz-Landesgut, Seifert-Rittweida, Stroh-Lambrecht (Rheinpfalz), Zwar-Neugersdorf, sie alle gaben erschütternde Zustände vom Elend der Textilarbeiter bekannt. Anleiter Kozle-Berlin betonte, daß die Textilarbeiter zu lange geschlafen haben und auch heute noch oft nicht wagen, ihre Forderungen auf erhöhten Verdienst zu stellen...

Arzt-Aug übte an dem Verhalten der Regierung strenge Kritik und tadelt das parteiische Verhalten, das dadurch gegen die Arbeiterorganisation zutage tritt, indem die Regierung ablehnte, an dieser Tagung teilzunehmen...

Darauf wurde die Sitzung auf Dienstag nachmittag vertagt.

Parteinachrichten.

Feindliche Lage der „Unabhängigen“.

Die deutsche Sozialdemokratie beweist ihre Daseinsnotwendigkeit durch ihren unangefochtenen Kampf für den Völkfrieden, für Demokratie und Sozialismus. Den Blick auf diese hohen Ziele gerichtet, hat sie wenig Zeit, sich mit den kleinlichen Störungen zu beschäftigen...

die ihrer Arbeit aus der Partei-Abspaltung erwachsen. Die „Unabhängigen“ dagegen sind durch ihre Trennung von der Partei in die peinliche Lage verlegt, ihre Daseinsnotwendigkeit als selbständige Organisation durch fortgesetzte wilde Angriffe auf die Sozialdemokratie rechtfertigen zu müssen...

Damit wird den „Unabhängigen“ der Streik, der uns nur eine ärgerliche und wenn irgend vermeidbare Störung ist, Lebensinhalt und Selbstzweck. Das neueste „Mitteilungsblatt“ reißt von diesem Bedürfnis geschrieben, das deutsche Memorandum für Stockholm schonungslos herunter...

Schließlich werden aber die Anhänger der „Unabhängigen“ auch darauf kommen, daß vom bloßen Streik keine Partei leben kann, sondern daß sie auch Arbeit leisten muß. Wir haben es peinlich vermeiden und vermeiden es auch jetzt, die „Unabhängigen“ bei dem, was sie für den Frieden leisten zu können glauben, zu stören...

Wenn sie sich dabei auf Herrn v. Gerlach berufen — nun, Herr v. Gerlach hat nie eine andere Aufgabe gekannt als die, die Arbeiterbewegung sei es von der einen, sei es von der anderen Seite her durcheinander zu bringen...

Nachmals Frankfurt a. M.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. schreibt uns zu der Erklärung des Genossen Dr. Luard in Nr. 168 des „Vorwärts“: Die Darstellung des Genossen Dr. Luard in der Freitagnummer des „Vorwärts“ entspricht nicht den Tatsachen...

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M.

Bezirksparteitag für Westpreußen.

In Danzig wurde am Sonntag ein Delegiertentag der Parteioorganisationen Westpreußens abgehalten. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und einem Vortrage des Gen. Barcheltl-Rönigberg wurde folgende Entschließung angenommen:

Der westpreussische Parteitag billigt die Konsequenzen, die Interessen des arbeitenden Volkes entscheidend während der Kriegszeit. Die sozialdemokratische Partei mußte sich in ihrer Politik bewußt an die Seite des eigenen Volkes stellen und für die Sicherheit unseres Landes eintreten...

Der Parteitag begrüßt mit Genugtuung die Bemühungen des Parteivorstandes, Verhandlungen mit den Bruderparteien der kriegsführenden und neutralen Länder zu erreichen. Dieser Frieden soll er dauernd sein, nur ein Frieden der Verständigung, ein Frieden ohne Annexionen und Kriegskontributionen sein.

Die Gewährung voller Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde an alle Schichten des deutschen Volkes ist ein dringendes Gebot der Stunde.

Der Parteitag erklärt jede Störung der Einigkeit der Arbeiterbewegung für eine Förderung der Reaktion. Er erwartet daher, daß die Genossen in Westpreußen allen auf die Herrichtung und Spaltung der Partei gerichteten Bestrebungen scharf entgegenzutreten und die Einheit und Geschlossenheit der allen Kampfproben sozialdemokratischen Partei hochhalten werden.

Vorwärtsleser! Parteigenossen!

Der „Vorwärts“ ist das einzige sozialdemokratische Parteiorgan in Groß-Berlin, das einzige Blatt, das eure politischen, sozialen und wirtschaftlichen Anschauungen zum Ausdruck bringt. Der „Vorwärts“ ist die einzige Zeitung Groß-Berlins, die für die Interessen des Proletariats auf allen Gebieten, den materiellen wie den geistigen, wirkt und kämpft...

Im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, verkörpert sich heute noch mehr als jemals in früherer Zeit die Bedeutung und Macht der deutschen Arbeiterschaft. Nicht nur das gesamte Inland, sondern auch das Ausland, das verbündete, wie das neutrale und das feindliche, beachtet sorgfältig jede Meinungsäußerung des „Vorwärts“...

erworbene, auf den er und seine Freunde stolz sein dürfen, so hat er sich als Blatt der Groß-Berliner Arbeiterschaft die volle Stellung, die ihm gebührt, erst zu erwerben. Zehntausende von Groß-Berliner Arbeitern halten farblose, politische bedeutungslose Blätter und entziehen damit dem Blatt, das ihre Ideen und ihre Interessen vertritt, die verdiente Unterstützung...

Formular for ordering the Vorwärts newspaper, including fields for Name, Address, and Subscription details.

einen neuen Leser im Monat

dem „Vorwärts“ zuführt. Mit dieser kleinen Mühe werdet ihr eurer Sache, der Sache des Proletariats und der Sache des Völkfriedens Nutzen bringen. Denn wenn es jedem von euch gelingt, monatlich einen Abonnenten zu gewinnen, so wird der „Vorwärts“ in kurzer Zeit auch in Groß-Berlin die Bedeutung gewonnen haben, die ihm als dem Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Organ der reichshauptstädtischen Arbeiterschaft zukommt...

Frau Kupfer vor den Geschworenen.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann gestern die auf acht Tage berechnete Verhandlung, in welcher die viel erörterten Raub- und Diebstahlsdelikte der Frau Kupfer dem Urteil der Geschworenen unterworfen werden sollen. Der Antrag zum Schwurgerichtssaal ist ein großer; der Zuscherraum und auch die Logen sind dicht besetzt. — Angeklagt ist Frau Kartha Kupfer, geb. Heinemann, 1875 geboren, früher in Charlottenburg, Kaiserdamm Nr. 14, wohnhaft, seit dem 28. Januar in Untersuchungshaft, nicht vorbestraft. Sie wird beschuldigt: 1. in den Jahren 1916 und 1917 in der Burgstraße 20 und in der Pflanzstraße sich der Urkundenfälschung und des Betruges, 2. in den Jahren 1916 und 1917 sich des Konsumbetruges durch übermäßigen Verbrauch, unordenliche Führung ihrer Handelsbücher und Unterlassung der Bilanzziehung schuldig gemacht zu haben. — Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Arnold, die Anklage vertritt Staatsanwalt Loh, die Verteidigung führen Justizrat Dr. Löwenstein und Rechtsanwalt Fritz Kallischer. Vor der Auslösung der Geschworenen verliest der Vorsitzende eine lange Reihe von Namen der durch die Angeklagte Geschädigten, darunter Frau Helene von Knobloch, 5 Mitglieder der Familie Körtling, Schauspielers Robert Koppel, Kapellmeister Ed. Kördig, Kommerzienrat M. Stern-Charlottenburg, Frau Alma von Strang, Fräulein Kartha von Zresdow, Frau Walchow von Wahl, Frau Kunigunde v. Vicht, Kaufmann Leo Zehm, Rittmeister a. D. von Jech, Baron Carl von Jech, Gräfin Lubmilla von Joppelin in Charlottenburg u. a. Die Zahl der Geschädigten beträgt 82.

Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt die Angeklagte, daß sie sich im vollen Umfange der Anklage für schuldig erkläre. Ueber ihren

Lebenslauf

sagt sie folgendes aus: Ihr Vater war Kolonialwarenhandeler in Köthen, der später nach Leipzig übersiedelte und dort Grundstücke auf Spekulation kaufte und verkaufte. Eine Schwester ist an einen Sanitätsrat in Leipzig verheiratet, ein Bruder steht als Reserveoffizier im Felde. Die Angeklagte hat in Leipzig eine höhere Mädchenschule bis zur 2. Klasse besucht, später hat sie eine weitere Ausbildung in einem Pensionat in Wiesbaden genossen. Im Jahre 1893 hat sie sich mit dem Rauchwarenhandeler Robert Kupfer verheiratet. Sie ist Mutter zweier Kinder: der jetzigen auch verheirateten Tochter Gertrud und eines im Felde stehenden Sohnes. Nach sechsjähriger Ehe starb ihr Ehemann infolge eines Unfalles auf der Jagd. Da sie bei der Liquidation des Geschäftes ihres Ehemannes Geld nicht heraus bekam, bestritt ihr Vater bis zu seinem Tode die Kosten des Lebensunterhalts für sie und ihre Kinder. Der Vater hinterließ etwa 200 000 M., wovon die beiden Geschwister als Ausgleich für den der Angeklagten gewährten Unterhalt je 80 000 M. erhielten, im übrigen war die Mutter Korcorbin, die Kinder Mäherben. Die Angeklagte zog mit den Kindern zur Mutter und ihr Mäherbeil wurde nach und nach aufgezehrt. Im Februar 1915, als sie schon in penultima Schwangerschaft geraten war, siedelte sie nach Berlin über; ihr ganzer Besitz waren 180 M., die sie sich geliehen hatte. Hier wohnte sie zunächst im Hotel Kronprinzessin in der Dorotheenstraße und sah sich nach einer Erwerbsoption um. Ihr erster Versuch, Geld durch den Vertrieb von Vegetarientischen und alkoholfreien Getränken zu verdienen, war von besonderem Erfolge nicht gekrönt. Dann ließ sie sich von ihrer in Leipzig zurückgebliebenen Tochter 400 M. mieten, sie im Bureauhaus Vorse einen möblierten Bureauraum und hat sich in Geltungsinferaten als Vertreterin für Nahrungsmittelhandlungen an. Daneben hatte sie kleine Verdienste bei dem Verkaufe von Honigkuchen und Sardinien und wurde Vertreterin für Papierkerzen, Kaiserbilder u. a. m. Mit Hilfe eines ihr von der Frau des Hotelbesizers geliehenen Betrages von 400 M. war sie imstande, von einer holländischen Firma einen Posten Tee, Kakao und Honig einzukaufen. Aber auch bei diesem Geschäft kam nicht viel heraus. Dann ließ sie sich von ihrem außerhalb wohnenden Schwager 200 Mark und verpackte diesem ebenso, wie sie es bei der Hotelwirtin getan hatte, in kurzer Zeit brillanten Verdienst, wobei sie auf das zweifelhafte Gebieten ihres Nahrungsmittelgeschäfts verwies. Sie bezog zwar bald von zwei auswärtigen Firmen größere Posten Reisbrotkrumen und Honigkuchen, die sie auch mit Gewinn verkaufte, sie konnte jedoch ihren Geldgebern die versprochenen großen Gewinne nicht zahlen und so leistete sie schon im April 1915 den Offenbarungseid. Dann gelang es ihr, den Vertrieb der von der Freiherzliche v. Kriesen'schen Gartenbaudirektion in Potsdam bei Leipzig hergestellten Karmeladen zu erhalten. Sie bezog diese wagonweise und nahm von den verschiedensten Personen Darlehen auf kurze Zeit auf, die ihr auch gegeben wurden, da sie ihre ihr zustehenden Verdienste in den größten Farben schilderte und den Darlehensgebern große Gewinne in kurzer Zeit versprach. Diese Gewinnanteile konnte sie nur dadurch ausgeben, daß sie von den Mitteln nahm, die ihr neue Geldgeber als Einlage gaben. Dieses „Lebensmittelgeschäft“ ging schon recht gut im Sinne der Angeklagten, denn gewöhnlich liehen die Einleger, wenn sie die ersten Gewinne erhalten hatten, ihre Einlagen neben, neue Einlagen kamen hinzu und so verfügte die Angeklagte schon über recht ansehnliche Summen. Sie trachtete aber nach einem weit ausgedehnteren Wirkungsbereich. Im April 1915 kam ihre Tochter Gertrud nach Berlin und mit dieser siedelte sie nach dem Kaiserdamm 14 über, wo sie eine möblierte Vierzimmer-Wohnung mietete. Dann ließ sie ihre Firma in das Handelsregister eintragen, und zwar auf den Namen ihrer Tochter Gertrud, weil ihr sonst einige Gekübler, die sie in Leipzig zurückgelassen hatte, vielleicht unbedenken werden konnten, und dann begann der ins unermessliche gehende Schwindel-Geschäftsbetrieb, der ihr Hunderttausende Mark von allen Seiten zuführte und sie nun auf die Anklagebank gebracht hat.

Frau Kupfer ist, wie ihre sehr ins einzelne gehende Vernehmung ergibt, von Anfang an sehr geschäftsgewandt gewesen. Nach dem Tode ihres Mannes betrieb sie zwar, da ihrem Wunsch, sich selbständig zu machen, von den Angehörigen immer entgegengetrieben wurde, zunächst die Schriftstellerei und verfaßte nach ihrer Angabe besonders eine Anzahl Dramen, von denen auch mehrere, wie z. B. das Drama „Trennung und Liebe“, zur Aufführung gelangten. Viel Geld hat sie dabei jedoch nicht gewonnen, da es, wie sie sagte, sehr schwer ist, sich als Schriftsteller durchzusetzen und die Aufführungen an kleinen Bühnen erfolglos, die keine großen Entlohnungen gaben. Ihr Hauptwunsch war aber schon damals, sich praktisch zu betätigen, und so befaßte sie sich viel mit Patenten, die insbesondere eigene Erfindungen betrafen, von denen sie, wie sie auf Verlangen mit einem gewissen Stolz erklärt, eine ganze Reihe gemacht hat. So machte sie u. a. eine Bijouterie-Erfindung, ein Klappschloß, die von einer Hamburger Firma sehr gut aufgenommen wurde und im großen in den Handel gebracht werden sollte, als der Krieg ausbrach und die Branche lahmlegte. Was die erste Aufnahme fremden Geldes betrifft, so glaubt die Angeklagte die Tatsachen dahin berichten zu müssen, daß sie das erste Geld von dem Bruder ihres verstorbenen Ehemannes erhalten und erst in zweiter Reihe die Frau des Hotelbesizers fand. Sie betont u. a., daß sie bei all ihren Unternehmungen stets eine große Optimistin gewesen sei. Der Schwager habe ihr 2000 M. gegeben, wobei sie ihm über ihr Geschäft unwahre Angaben gemacht habe. Einen Teil des Geldes habe sie leider dazu verwandt, um einige Leipziger Gekübler zu befriedigen. Dies sei

der Anfang der schiefen Ebene

gewesen, auf die sie dann später geraten sei. Ein Onkel habe ihr, als sie das Karmeladengeschäft einging, 1000 M. geliehen, wobei sie ihm in kurzer Zeit einen Verdienst von 20 Proz. in Aussicht gestellt habe. Auch Frau Schaefer, die Ehefrau des Hotelbesizers, habe ihr fortgesetzt Geld gegeben.

Den Anfang ihrer im großen betriebenen Schwindelereien schildert die Angeklagte wie folgt: Sie war im Hause des Geheimrats

Körtling bekannt und verkehrte mit Herrn Fritz Körtling in Dahlem, dem sie von dem Geheimrat Körtling zur Ueberführung von Adressen für die Einleitung größerer Lebensmittelgeschäfte empfohlen war. Sie habe dort mit Frau von Waldow und Herrn Körtling viel über Kriegszuführungen mit Lebensmitteln gesprochen. In der Folge habe sie der Frau v. Waldow gesagt: sie habe einen Wunsch, ob sie sich beteiligen wolle. Frau v. Waldow habe ihr unter Zusage eines Verdienstes von 20 Proz. in 14 Tagen zunächst 800 M. gegeben. Sie habe sich dann bemüht, Lieferungen für die Heeresverwaltung zu bekommen, und um dies zu ermöglichen, habe sie die Eintragung ihrer Firma auf den Namen ihrer Tochter Gertrud bewirkt; als Eigentümerin wurde die letztere, die damals etwas über 21 Jahre war, eingetragen, sie selbst aber als Prokuristin. Die Tochter aber hatte nichts in das Geschäft hineinzubringen, sie selbst dirigierte alles und die Tochter war nur mit Schreibereien und Paden beschäftigt. Die ganze Eintragung in das Handelsregister sei somit eine Schiebung gewesen. Ihre angeblich abgeschlossenen Geschäfte, die sie renommistisch geschilbert habe, seien ruhmlos geworden und sie habe von Frau von Wahl, Frau Werth, Frau Stolz und vielen anderen erst kleinere, dann immer größere, bis in die Tausende gehende Summen erhalten, für die ihnen große Summen als Verdienst versprochen und teilweise auch gezahlt wurden. Auch Herr Fritz Körtling, der von Herrn Dr. Alexander Marx und Frau v. Waldow von ihren großen Geschäften gehört hatte, war nicht abgeneigt, sich zu betätigen, verlangte jedoch eine Unterlage. Um ihn zu täuschen, als ob sie Kaufverträge mit Behörden habe, machte sie folgendes Experiment: Sie hatte einmal dem Lazarett-Delegierten Scholofade überhandt und von ihm ein Danke schreiben erhalten. Dieses Schreiben fälschte sie durch Nachzettel und Einschaltung anderer Worte in der Weise, daß es nun folgenden Wortlaut zeigte: „Der Reserve-Lazarett-Delegierte, StB. 11, 22. November 16, Abgeordnetenhause, Zimmer 23. Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Brief. Schreibens vom 20. d. M. und teile Ihnen mit, daß die Auszahlung der 30 Proz. Gewinne für 30 000 M. am Dienstag, 7. März, Intendantur Gardekorps zur Erledigung gelangt. Im voraus sage ich meinen verbindlichsten Dank. Mit vorgüglicher Hochachtung Der Reserve-Lazarett-Delegierte, Unterschrift und Dienstsiegel.“ Auf das Schreiben drückte sie dreimal einen Stempel mit dem Wort „Erledigt“ in der Weise, daß die Fälschungen möglichst verdeckt wurden. Ferner fertigte sie ein zweites Schreiben an, welches den Anschein erwecken sollte, als ob Erzengel von Kirchbach von dem Lazarett-Delegierten den Auftrag zur Beschaffung von Lebensmitteln erhalten und als ob sich Erzengel v. Kirchbach dieserhalb mit ihr in Verbindung gesetzt habe. Diese „Urkunden“ legte sie Herrn Fritz Körtling vor und dieser beteiligte sich zunächst mit 10 000 Mark, wobei er sagte: „Ich müssen Sie aber extra gut stellen!“ Sie habe ihm 80 Proz. Gewinn innerhalb 14 Tagen ausgehändigt.

Nach der Mittagspause setzte die Angeklagte noch des näheren auseinander, wie sich Herr Fritz Körtling durch die beiden Urkunden habe täuschen lassen und sich mit Einlagen betätigte, ebenso wie seine Schwester Frau Wille. Dann gingen die Einlagen von den verschiedenen Personen in immer größeren Posten ein, die Angeklagte sorgte durch übertriebene Schilderung ihrer Geschäftsverbindungen mit Erzengel von Kirchbach, dem Kommandeur des 19. Armeekorps, und anderen hohen Herren dafür, daß ihr immer neue Einleger zuflogen, und sie brauchte solche, um die früheren Einleger zufriedigen zu können. Es kam ihr dabei zu Hilfe, daß die meisten Einleger ihr Guthaben immer wieder sehen und „weiterarbeiten“ ließen. Als die Zentral-einkaufsgesellschaft ihre Tätigkeit begann und die aus dem Auslande eingehenden Lebensmittel mit Beschlag belegte, wurden einige Einleger darüber unzufrieden, daß die Angeklagte immer noch imstande war, aus dem Auslande Lebensmittel zu beziehen, wie sie behauptete. Sie rebete deshalb diesen Leuten vor, daß ihr dies nur möglich sei, weil sie mit hochstehenden Personen einen Gesellschaftsbetrag über Einführung von Lebensmitteln für die Heeresverwaltung eingegangen und deshalb in der Lage sei, trotz alledem noch solche Lebensmittel in großen Posten zu erhalten. Sie fälschte dann einen dahingehenden Gesellschaftsvertrag, in welchem der Oberleutnant Diemer, Ehemann ihrer Schwägerin, der Generaldirektor Cassinone in Wien und ein gewisser Vos als Gesellschafter bezeichnet waren und als solche auch angeblich unterschrieben haben sollten. Diesen Vertrag gebrauchte sie aber nicht, weil sie sich sagte, daß sie mit noch höherstehenden Namen aufwarten mußte. Deshalb fertigte sie einen neuen Gesellschaftsvertrag an, in welchem Erzengel von Kirchbach-Dresden, Oberleutnant Diemer-Kassel, Graf Kohn in Wien und sie selbst bezeugten, daß sie eine Gesellschaft zwecks Einfuhr von Lebensmitteln im Großen aus dem Auslande und Inlande und Ueberführung an Behörden gebildet hätten. Ihre angebliche Beteiligung sollte danach 320 000 M., die der anderen je 150 000 M. betragen. Die Unterschriften wurden von ihr gefälscht. Da manchen Einlegern es wunderbar erscheinen mußte, daß bei ihren angeblich in viele Millionen gehenden Geschäften nur ein so verhältnismäßig geringes Kapital zur Verfügung stand, fertigte sie einen neuen Gesellschaftsvertrag an, monach die drei Mitgesellschafter je 650 000 Mark und sie selbst 620 000 M. als Einlage geleistet haben sollten. Dieser Vertrag war nach dem Muster eines in ihren Händen befindlichen echten Vertrages angefertigt und der Name eines angeblich in Leipzig wohnenden Rechtsanwalts darunter gesetzt. Ferner ließ sie sich Stempel anfertigen mit den Ausdrücken „Einkaufsgesellschaft Berlin, Cassel, Wien, Stuttgart“, „Einkaufsgesellschaft 1. Lagerhallerei für Nahrungsmittel 19. A. R. Leipzig“, „Einkaufsabteilung O. R. 19. A. R. Leipzig“ und „Intendantur des 19. Armeekorps (sic) Leipzig“. Bei dem letzten Stempel hat sie einen ganz besonderen Trick in Anwendung gebracht. Um ihre Verbindung mit der Militärbehörde glaubhaft zu machen, mußte sie einen Rundstempel mit dem Reichsadler unter die Schriftzüge setzen. Sie verlangte deshalb in dem betreffenden Stempelgeschäft einen solchen Stempel, der einen derartigen Adler aufwies. Dies Verlangen wurde aber abgelehnt und ihr gesagt, daß dies verboten sei und nur ein Phantasieadler gewählt werden könne. Die Angeklagte gab nun einen Stempel, der einen derartigen Adler aufwies, mit folgendem Text in Auftrag: „Einkaufsabteilung Frauenhilfsbund“ und von dem Oberleutnant Diemer die letzten Buchstaben heraus, so daß der Stempel nun lautete: „Einkaufsabteilung Oberl. 19. A. R.“ Den gefälschten Gesellschaftsvertrag hatte sie mit dem Namen eines angeblichen Bruders Marx-Bruder-Leipzig unterzeichnet und es ist niemand der Interessenten aufgefallen, daß dieser Leipziger Notar als Notar im Bezirk des Kammergerichts bezeichnet war. Sie ließ sich dann, als man die Einleger wünschten, näheres über ihre Geschäftsverbindungen zu erfahren, Formulare drucken, die links oben den Ausdruck „Einkaufsabteilung 1 für Nahrungsmittel“ trugen. Diese füllte sie z. B. so aus: 180 000 Kilo Wurstwaren, Danerware zum Preise von 7,80 M. pro Kilo, Gesamtbetrag 1 400 000 M. Lieferung hat spätestens am 15. Januar 17 zu erfolgen. Zahlung am Tage der Abnahme. Die Intendantur des Gardekorps, Berlin C., Dögelplatz.“ Oder: 30 Wagon Indemilier, Milch (Kefle) in Kisten zu 50 Dosen zum Preise von 58 M. pro Kiste, Gesamtbetrag 522 000 M. Lieferung 1. November 1916 an das 19. Armeekorps Leipzig. Zahlung erfolgt am Tage der Abnahme durch die Intendantur des Gardekorps Berlin.“ Diese Bestellhefte waren mit dem von ihr erworbenen Stempel unterschrieben und zeigten die Unterschrift von der Wante. Sie waren abgesetzt an die „Einkaufsgesellschaft Berlin, Cassel, Stuttgart, Wien, vertreten durch die Firma M. G. Kupfer.“ Durch weitere Fälschungen verstand sie es, den Anschein zu erwecken, als ob die B. G. M. die Einfuhr der bezeichneten Lebensmittel freigegeben habe. Auch hier wurde die Täuschung durch Benutzung fingierter Unterschriften und undeutliche Ausdrücke des Rundstempels der Einkaufsabteilung erleichtert. Justizrat Dr. Löwenstein weist darauf hin, daß eine „Einkaufsabteilung Lagerhallerei für Nahrungsmittel 19. Armeekorps Leipzig“ gar nicht existiert, die Behörde vielmehr von der Angeklagten frei erfunden

sei. Es werde sich fragen, ob unter diesen Umständen, wo die Behörde gar nicht besteht, von einer Urkundenfälschung in diesem Falle die Rede sein kann. — Im die Einleger weiter in Sicherheit zu wiegen, fälschte sie weiter Briefe und zum Beweise, daß sie auch riesige Summen erhalte, auch Schecks, um den etwa ungeduldig werdenden vorzuspiegeln, daß sie in kurzer Zeit auf die Schecks große Beträge bekommen würden.

Vorsitzender: Ihnen wird nun auch zum Vorwurf gemacht, daß Sie

übermäßigen Aufwand

getrieben haben. — Angeklagte (lächelnd): Nun, so wie es gemacht wird, ist es doch nicht. — Vorsitzender: Na, Sie müssen doch zweifellos zugeben, daß Sie in letzter Zeit Schulden hatten, die über das gewöhnliche Maß weit hinausgehen. — Angeklagte: Ich mußte doch nach außen hin so auftreten, wie es meinen anscheinend riesigen Einnahmen entsprach. Ich hatte doch großen Verkehr bekommen, man hielt mich für wahnsinnig reich, man wunderte sich sogar, wie bescheiden wir lebten. — Vorsitzender: Zum Beispiel haben Sie bei der Blumenhändlerin von Hiesener in der Zeit vom 26. Oktober 1916 bis 14. Dezember 1916 nicht weniger als für 912 Mark Blumen bezogen, darunter allein einen Vorbestellung für 150 M. Für wen war denn dieser Vorbestellung? — Angeklagte: Für Herrn Ingo Brandt. — Vorsitzender: Das sind doch Ausgaben, die mit Ihren realen Einnahmen im argen Verhältnis stehen. — Justizrat Dr. Löwenstein: Man darf doch nicht vergessen, daß in jener Zeit bei der Angeklagten Millionen eingegangen und Millionen ausgegeben worden sind. — Vorsitzender: Es ist noch eine zweite Blumenrechnung vorhanden, so daß sich ergibt, daß Sie in nicht ganz 3 Monaten 1481 M. für Blumen ausgegeben haben. Bei der Firma Demuth haben Sie in den Monaten November und Dezember 1207 M. an Leberwaren, Kristallkugeln usw. zu zahlen gehabt, bei Rollenwagen in der Lauenburgerstraße in 3 Wochen 2796 M. für Delikatessen und Fleischwaren, bei Gerson hatten Sie zur Zeit Ihrer Verhaftung ein Konto von 2076 M. für Kleidungsstücke, Mäße usw., außerdem haben Sie bei der Firma 60 000 M. bar bezahlt gehabt für Einrichtung Ihrer Wohnung; bei Eichler haben Sie in wenigen Wochen für 842 M. Gold- und Silberwaren bezogen, bei Dahlheim 8000 M. für Ausmöblierung Ihrer Wohnung usw. Für ein Mietkonto sollen Sie täglich 50—60 M. ausgegeben haben, auch sollen Sie große Gesellschaften gegeben haben. — Angeklagte: Das ist nicht wahr! Ich bekam nur hin und wieder Besuch von mehreren befreundeten Persönlichkeiten oder auch von Einlegern, die es mehr liebten, die geschäftlichen Dinge offiziell mit mir zu besprechen. — Vorsitzender: Sie sollen aber auch wiederholt Ihre Besucher in Restaurants geführt und dabei an manchen Abenden 150 M. ausgegeben haben. — Angeklagte: Das ist richtig, aber Herr Präsident müssen doch bedenken, daß ich im allgemeinen für eine sehr reiche Dame galt. Der Vorsitzende erörtert dann die unordentliche Buchführung der Angeklagten. Justizrat Dr. Löwenstein betont, daß die Angeklagte neben ihren Schwindelgeschäften doch auch sehr ernste Unternehmungen ins Leben zu rufen bemüht war und alle Aussicht haben konnte, aus den Erträgen dieser Unternehmungen sich ihrer Verpflichtungen entledigen zu können. Sie war, wie sich weiter ergibt, mit Herrn Dr. Alex Marx und dem Direktor Royal zwecks Gründung einer Elektrosmelze zur Herstellung von Schmirgel in Verbindung getreten. Es schwebten Verhandlungen über Gründung des Schmelzwerks Eversingen, welches Ferrosilizium herstellt, und es kam auch zu einem Vertrage, bei dessen Abschluß die Angeklagte 60 000 M. zu Stempelzwecken einzahlte. Sie ist später ihren weiteren Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Nach einigen Anregungen des Rechtsanwalts Kallischer über die Vernehmung des als Zeugen geladenen, aber nicht erschienenen Generaldirektors Cassinone-Wien werden noch zwei Zeugen vernommen. Erich Stolz, Landwirt, jetzt Rittmeister, hatte von seinem Bruder gehört, daß er sich an einem Kriegsunternehmen beteiligt habe, welches guten Gewinn abwerfe. Seine beiden Brüder haben dann für ihn auch 1000 M. eingelegt und schreiben ihm nach kurzer Zeit, daß er sich bei seinem Urlaub im Februar eine größere Gewinnsumme schon abheben könne. Inzwischen war aber die Katastrophe schon eingetreten. Der Zeuge hat den Namen der Frau Kupfer nicht gekannt, auch nichts von den Verhandlungen seiner Brüder mit der Angeklagten gewußt.

Frau Anna Maria Helene Körtling, die von ihrem Schwager Fritz auf die kuxativen Geschäfte der Frau Kupfer aufmerksam gemacht worden war, hat sich zur Hergabe von 12 000 M. bereit, nachdem ihr die Angeklagte eine Beteiligung als „gute patriotische Tat“ angedreht hatte und ihr auf Grund von dem dritten Personen das Kupferische Unternehmen als durchaus reell geschildert worden war. Sie gehört nicht zu den Geschädigten, denn sie hat alle 10 Tage 20 Proz., in einem Monat also 60 Proz. Zinsen erhalten. Sie glaubt 15 000 M. auf ihre Einlage zurückbekommen zu haben. Frau Kupfer behauptet dagegen, 21 000 M. und verweist auf ihre Belege. Täglich seien ihr 60, 80 bis 100 000 M. durch die Hände gegangen, sie besitze Rechnungen in Höhe von etwa 3 Millionen Mark und besitze über die allermeisten Belege.

Die weitere Beweisaufnahme wird sodann auf Mittwoch 9 1/2 Uhr vertagt.

Groß-Berlin

Herstellung von Hausschuhen und Pantoffeln.

Der Ueberwachungsamt der Schuhindustrie veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ eine Bekanntmachung, wonach sämtliche Rohmaterialien sowie alte und neue Verleibungsgegenstände jeder Art, die zur Herstellung von Hausschuhen und Pantoffeln dienen und sich im Eigentum, Besitz oder Gewahrsam von Herstellern von Schuhwaren befinden oder dahin gelangen, beschlagnahmt sind.

Diese Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr betroffenen Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind. Soweit sich die beschlagnahmten Gegenstände im Eigentum, Besitz oder Gewahrsam eines Herstellers von Hausschuhen und Pantoffeln befinden, ist auch die Verwendung und Verarbeitung im eigenen Betriebe sowie jeder Wechsel im Gewahrsam dieser Gegenstände verboten, soweit nicht in der Bekanntmachung Ausnahmen zugelassen sind.

Trotz des Verbotes können ohne besondere Genehmigung von Cord, Wollsch, Samt, Velvet, echten und imitierten Kamelhaarsstoffen, Ledertuchen, Papiergeweben, Militärschuhfellen und aller übrigen beschlagnahmten Gegenstände bis zu 25 Proz. der am 30. Juni 1917 vorhandenen Mengen von Herstellern von Schuhwaren, soweit sie Gesellschafter einer Schuhwarenerstellungs- und Vertriebsgesellschaft sind und auf der Liste der weiterverarbeitenden Betriebe stehen, zur Herstellung von Schuhwaren verwendet werden.

Die Besitzer der beschlagnahmten Gegenstände sind verpflichtet, diese bis auf weiteres zu verwahren und pfleglich zu behandeln. Der Teil der Gegenstände, deren Verwendung und Verarbeitung gestattet ist, ist getrennt von den übrigen beschlagnahmten Gegenständen aufzubewahren.

Sämtliche Hersteller von Schuhwaren sind verpflichtet, die Beschlagnahme von Rohmaterialien, die zur Herstellung von Hausschuhen und Pantoffeln dienen und sich in ihrem Eigentum, Besitz oder Gewahrsam befinden, auf besonderen Vordruck, welche vom Ueberwachungsamt der Schuhindustrie ausgegeben werden, zu melden. Die Vordrucke sind, soweit sie nicht den Herstellern zugesandt werden, bei den Schuhwarenerstellungs- und Vertriebsgesellschaften in Empfang zu nehmen. Für die Meldepflicht ist der am Beginn des 30. Juni tatsächlich vorhandene Bestand maßgebend. Die Meldung ist bis zum 10. Juli an den Ueberwachungsamt der Schuhindustrie, Berlin SW. 19, Dönhofsstr. 5, abzugeben. Alle Abgänge

der zur Verwendung freigegebenen Stoffe sind am 10. und 11. eines jeden Monats, zum erstenmal am 25. Juli, dem Ueberwachungskomitee der Schulindustrie zu melden. Ebenso sind alle Zugänge an dem gleichen Tage dem Ueberwachungskomitee der Schulindustrie zu melden.

Den Vorschriften dieser Bekanntmachung unterliegen nicht: 1. Betriebe der Seereserverwaltung und der Marineverwaltung, 2. Hersteller von Strahenschuhwerk ohne Lederböden, 3. Schuhmacher- und Reparaturwerkstätten. Auf besonderen Antrag kann die Geschäftsführung des Ueberwachungskomitees der Schulindustrie weitere Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Bekanntmachung gestatten.

Auf die Nichtbefolgung dieser Vorschriften sind Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis und 15 000 M. Geldstrafe festgesetzt.

Paritätischer Arbeitsnachweis für die Transportgewerbe.

Auf Anregung des Magistrats haben der Arbeitgeberverband (Ortsgruppe Berlin) in den Transport-, Handels- und Verkehrsberufen und der Deutsche Transportarbeiterverband (Bezirksverband Groß-Berlin) sich entschlossen, einen paritätischen Arbeiterarbeitsnachweis zu schaffen. Dieser wird dem Arbeitsnachweis der Stadt Berlin als Fachabteilung angegliedert und in den Räumen des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin in der C. Rüderstr. 9, am 2. Juli eröffnet. Die Arbeitsvermittlung erfolgt kostenlos, und zwar: für das von den verschiedenen Branchen des Transportgewerbes benötigte Aufsicht-, Arbeiter- und Hilfspersonal als auch für das von den verschiedenen Branchen des Handelsgewerbes benötigte Hausdiener-, Packer-, Voten- und Aufsichtpersonal usw., sowie schließlich für das Verkehrsgewerbe benötigte Personal und für Kraftwagenfahrer aller Gattungen und Systeme werktäglich in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 4 bis 6 Uhr nachmittags. — Die Bestellung von Arbeitskräften bzw. die Meldung offener Stellen können durch die Post oder auch telefonisch — Amt Nordend Nr. 2375—77 und 11 040—47 — erfolgen und werden solche werktäglich in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends entgegengenommen.

Haarlehrgänge für Barbierfrauen und -Töchter.

Der Berliner Polizeipräsident hat die Berliner Handwerkskammer um Auskunft darüber erucht, ob sie es für zweckmäßig erachtet, kurze Lehrgänge im Rasieren lediglich für die Frauen und Töchter der zum Hoerredienst eingezogenen Innungsmitglieder durch die Innung einzurichten. Von den darauf befragten drei Innungen haben sich zwei gegen den Plan, die Perückenmacher- und Friseurinnung aber dafür ausgesprochen. In der letzten Vorstandssitzung der Berliner Handwerkskammer wurde hervorgehoben, daß den von den beiden Innungen ausgesprochenen Bedenken dadurch entgegengekommen werde, daß zu dem Haarlehrgängen nur die Frauen und Töchter der eingezogenen Barbiermeister zugelassen werden sollen. Die Ausbildung ihrer Frauen und Töchter im Rasieren würde eine Veruhigung und Wohlrat für die im Felde stehenden Barbiermeister sein. Der Handwerkskammerpräsident hat im Sinne dieser Ausführungen sich dem Polizeipräsidenten gegenüber gutachtlich zu äußern.

Wir sehen nicht recht ein, weshalb nicht auch andere Frauen und Mädchen zu diesen Lehrgängen zugelassen werden sollen. Auch in anderen Gewerben zieht man heute unbedenklich weibliche Arbeitskräfte zum Ersatz der fehlenden männlichen heran, ohne nach der Abstammung der Betreffenden zu fragen. Oder ist der Stand der Barbier und Rasierer eine Aristokratie, zu der man, wie etwa zum hohen Adel, durch Geburt prädestiniert sein muß?

Frühweißbrot-Sauerkraut.

Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut hat bestimmt, daß Frühweißbrot auch in diesem Jahre zu Sauerkraut verarbeitet werden darf. Das Frühweißbrot-Sauerkraut kann bei seiner nur beschränkten Haltbarkeit nicht rationiert werden. Auch einen einheitlichen Höchstpreis dafür festzusetzen, ist nicht möglich, weil die Preise für den Frühweißbrot innerhalb des Deutschen Reichs sehr verschieden sind und mit dem Fortschreiten der Ernte ständig sinken. Nach einer im Reichsanzeiger veröffentlichten Bekanntmachung wird vielmehr der Preis, den die Hersteller beim Absatz von Sauerkraut höchstens in Anrechnung bringen dürfen, von der Kriegsgesellschaft für Sauerkraut stets für den Einzelfall unter Berücksichtigung der Herstellungskosten endgültig bestimmt werden. Damit eine wirksame Kontrolle stattfinden kann, dürfen die Hersteller das Kraut nur gegen einen von der Kriegsgesellschaft für Sauerkraut ausgefertigten Bezugsschein liefern. Die Fabriken werden außerdem von einem bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst eingerichteten, mit sachmännlich vorgebildeten Kräften besetzten Revisionsbureau ständig überwacht werden.

Diese Regelung gilt nur für das vor dem 1. September 1917 eingeschnittene Kraut und nur bis zum 15. September 1917. Von diesem Tage ab wird das gesamte Sauerkraut wie im vergangenen Winter und Frühjahr planmäßig an die Bundesstaaten verteilt werden, die ihrerseits die ihnen überwiesenen Mengen den Kommunalverbänden zur Abgabe an die Verbraucher zuleiten werden. Die Preise für das rationierte Sauerkraut werden noch festgesetzt werden.

Zuckerarten entwerten!

Die Kleinhändler sind verpflichtet, vom 1. Juli ab alle Zuckerarten und Zuckerartenabfälle, auf denen sich der Vermerk „Gültig ohne Eintragung in die Kundenliste“ befindet, nach Abnahme derselben und nach Ausbändigung des Zuckers dadurch ungültig zu machen, daß die Karten oder Abschnitte von dem Kleinhändler mit dem Datum der Einlösung und außerdem mit dem Firmenstempel versehen oder durchstempelt werden. Die Großhändler dürfen nur solche Karten und Abschnitte in Empfang nehmen, welche dementsprechend ungültig gemacht sind.

Karl Glashagen f. In ihm ist ein Genosse gestorben, der von jung auf in der Parteiarbeit stand. Auf jedem Posten ruhig, ja verschlossen, aber immer tätig, war geleitet von dem einen Gefühl, der Pflichterfüllung gegen die Partei. Schon unter dem Sozialistengesetz war er aus Kammern nach Berlin gekommen und hier der Partei beigetreten. Im 2. Berliner Reichstagswahlkreis gehörte er zur Interna und manngigaste Posten übertrug ihm damals das Vertrauen der Parteigenossen. Dann war er um die Jahrhundertwende mit dem ihm vorausgegangen Hermann Werner der die Parteigeschäfte leitende Vertrauensmann des Kreises. Auch den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung widmete er seine Kräfte. Nahrung war er Funktionär des Transportarbeiterverbandes, bis seine Stellung als Lagerhalter des Konsumvereins ihm die hierzu notwendige Zeit nicht mehr ließ. Aber in der Parteiorganisation des 5. Kreises, in dem er in dem letzten Jahrzehnt wohnte, war er als Bezirksführer ständig auf dem Posten. Nach der Verzeihung der Organisation durch die Unabhängigen, die ihn mit tiefem Schmerz erfüllte, übernahm er das Amt des Kassierers. Schon dann, begab er sich vor kurzer Zeit zu einer Sitzung der Wahlkreis-Kassierer. Das Pflichtgefühl wollte den kranken Körper meistern. Auf der Fahrt verließ ihn die Kraft, an der richtigen Haltestelle den Wagen der Straßenbahn zu verlassen. So fuhr er weiter. Auf dem Tempelhofer Felde raste er sich nochmals zusammen. Er konnte aus dem Wagen steigen, aber nach wenigen Schritten brach er zusammen. Vorübergehende hörten seine Stimme nicht und er verbrachte die ganze Nacht in diesem hilflosen Zustande auf dem Felde. Seitdem machte die Krankheit schnelle Fortschritte. Heute n. h. mittag wird sein Körper den Flammen übergeben.

Neue Zweigstellen der Berliner Sparkasse sind in der Bräudenallee 21 (Bahnhof Bellevue) und in der Großbeerenstr. 31 eröffnet worden. Von 9—2 Uhr finden dort Ein- und Rückzahlungen auf alle Sparbücher der Berliner Sparkasse statt, auch werden neue Sparbücher ausgestellt und Einlagen gutgeschrieben.

Das Volkshaus Demoskrafte wird vom 23. Juni ab für den Brausebottetrieb mit kaltem Wasser ohne Gewährung von Badewäsche und Seife wieder eröffnet. Die Betriebszeiten sind wochentags von 10—1/2 und von 1/4—8 Uhr und Sonntags von 10 bis 12 Uhr.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am heutigen Mittwoch in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr, Eintrittspreis 30 Pf., Klassenöffnung 7 Uhr.

Ein neuer Schwindel im Rennsport. In den Wettbüros werden Betten in der Weise angenommen, daß der Wettlustige anfragt, auf welches Pferd er setzen will. Eine Schreiberin fällt hiernach einen Vorwand und ein Pausblatt aus. Die Urchrift bekommt der Bettende. Das Pausblatt bleibt im Bureau zurück, um es mit der Urchrift zu vergleichen, wenn der Bettende auf diese hin einen Gewinn abholt. Der Schwindler fälscht nun die Urchrift. Hat er z. B. auf zwei Pferde je 5 M. gesetzt, so macht er daraus je 50 M. Dann fälscht er an dritter Stelle mit dem gleichen Satz ein Pferd hinzu, das in der Provinz irgendwo schon gewonnen hat. Auf den so gefälschten Schein, der keinen Verdacht erregt, weil er ja auch zwei Nichtgewinner enthält, läßt sich der Fälscher in Kassehäusern und anderen Wirtschaften, die von Anhängern des Rennsports viel besucht werden, Darlehen geben. Es ist noch nicht gelungen, seiner habhaft zu werden.

Bei der „Arbeit“ überrascht und festgenommen wurden in der Nacht zu Dienstag zwei Schaufensterbrecher. Ein Schürmann beobachtete, wie an einem Geschäft in der Großen Frankfurter Straße ein Mann mit einem Stein die Schaufensterscheibe einschlug, während in einiger Entfernung zwei andere standen, um aufzupassen. Er ergriff den Eindringling, während die beiden Schmierestieher davonliefen. Der Beamte vermutete, daß sie, während er den Ertrypanten, einen der Kriminalpolizei schon bekannten Arbeiter Otto Böhl, nach der Wache brachte, wiederkommen würden, um die Ausplünderung des Ladens fortzusetzen. Und in der Tat, als er zurückkehrte, hatten die beiden das Loch in der Scheibe noch erweitert und waren gerade beim Ausräumen. Es gelang ihm, einen, den Arbeiter Karl Heinrich, festzunehmen, während der andere entkam.

Charlottenburg. Verteilung von Hasernährmitteln. Um der Bevölkerung bei der augenblicklichen Knappheit an Kartoffeln einen weiteren Ausgleich zu bieten, hat der Magistrat beschlossen, in der Zeit vom 23. Juni bis 7. Juli auf Abchnitt 104 der roten Nahrungsmittelkarte statt der angeforderten Menge von 125 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung 175 Gramm Hasernährmittel abzugeben.

Edenid. Der Verkauf von Reis auf dem städtischen Stadtwert findet von Donnerstag ab nur noch Montags und Donnerstags jeder Woche, und zwar vormittags von 8—11 Uhr und nachmittags von 1/2 bis 1/5 Uhr statt.

Steglitz. Ein örtliches Wahlrecht befestigt. Der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag wurde in der Gemeindevertreterversammlung am Montag einstimmig angenommen. Damit ist endlich wieder das im Jahre 1901 beschlossene Ausnahmengesetz befestigt, das den anderthalbfachen Steuerdurchschnitt statt des einfachen zur Grundlage der Dreiteilung der Wählerliste bestimmt.

Um auch bedürftigen Schülern der höheren Schulen einen Ferienaufenthalt zu ermöglichen, wurden 5000 M. bewilligt. Ferner wurden zu den im Etat vorgesehenen 400 M. für Ferienausflüge der daheimgebliebenen Volksschüler weitere 500 M. bewilligt.

Pankow. Der Bürgermeisterei wieder unbesetzt. Der bereits vor einem Jahre gewählte Bürgermeister von Bergedorf bei Hamburg, Dr. Balli, hat jetzt in einem längeren Schreiben dem Gemeindevorstand mitgeteilt, daß er den Antritt der Stellung als Gemeindevorsteher ablehnen müsse, nachdem ihn die städtischen Körperschaften von Bergedorf auf Lebenszeit gewählt haben. Die Gemeindebehörden von Pankow werden sich daher demnächst wieder mit der Wahl eines Nachfolgers für den im September 1915 in Polen gefallenen Bürgermeister beschäftigen.

Soziales.

Vetriebsunfall oder allmählich entstandene Augenkrankung? Ein Maurer hatte an einem Tage einen fast einundehnhalfen Zentner schweren Stein gehoben. Unmittelbar nach dem Anheben des Steines konnte er auf dem einen Auge nichts mehr sehen, es war ihm, „als läge ein Schleier“ davor. Der Arzt, den er aufsuchte, stellte eine Rehautablösung fest. Der Maurer führte dieses auf das Anheben des schweren Steins zurück und stellte bei der Heilung, Kaffauischen Wundwerts, Berufs-genossenschaft Antrag auf Gewährung der Unfallrente. Der Verleichte wurde indessen abgewiesen, weil die Rehautablösung des Auges eine Krankheit darstelle — die allmählich entstanden sei; auf einen Betriebsunfall könne dieselbe indes nicht zurückgeführt werden.

Gegen den Ablehnungsbescheid wurde Berufung eingelegt. Das Oberversicherungsamt in Darmstadt forderte ein ärztliches Gutachten von der Warburger Universitäts-Augenklinik ein, die sich für den ursächlichen Zusammenhang der Rehautablösung mit der Betriebsarbeit an dem fraglichen Tage aussprach. Darauf verurteilte das Oberversicherungsamt die Berufs-genossenschaft zur Zahlung der Unfallrente.

Die Berufs-genossenschaft gab sich damit indessen nicht zufrieden. Sie legte gegen das Urteil Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein; sie beantragte Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils und Wiederherstellung ihres Endbescheides. Zur Begründung ihres Antrages bezog sie sich auf ein von ihr erfordertes ärztliches Gutachten der Heidelberger Universitätsklinik.

Das Reichsversicherungsamt, vor dem die Sache vor einiger Zeit zur Verhandlung anstand, hatte noch ein ärztliches Gutachten der Berliner Universitäts-Augenklinik eingeholt, das vom Herrn Prof. Dr. A. erstattet, sich für den ursächlichen Zusammenhang der Rehautablösung mit dem Heben des anderthalb Zentner schweren Steins aussprach.

Im Verhandlungstermin vor dem Reichsversicherungsamt beantragte der Vertreter der Berufs-genossenschaft die Gutachten, die sich für den Zusammenhang erklärten; besonders das Obergutachten der Berliner Universitätsklinik, meinte der Herr Vertreter, sei nicht stichhaltig. Der Obergutachter gehe von der Voraussetzung aus, daß das Heben eines anderthalb Zentner schweren Steins eine besonders große Kraftanstrengung erfordere und weit über das übliche Maß der gewöhnlichen Betriebsfähigkeit hinausgehe. Das müsse er — der Herr Vertreter — bestritten. Für einen Maurer sei das Anheben eines anderthalb Zentner schweren Steins keine außergewöhnliche Tätigkeit, sondern liege im Rahmen der gewöhnlichen Betriebsfähigkeit (!?) Trotz dieser esenslaren „Reinheit“ des Herrn Vertreters der Berufs-genossenschaft war der erkennende Senat anderer Meinung. Er schloß sich dem ärztlichen Obergutachten der Berliner Universitäts-Augenklinik an und wies den Rekurs der Berufs-genossenschaft zurück. Damit war dem Verleichten endgültig sein Recht geworden.

Aus aller Welt.

Ein regelmäßiger Luftpostdienst nach Cardinia, wird am 27. Juni von Gibbaldia aus beginnen. Er untersteht dem italienischen Konsulationsminister.

Briefkasten der Redaktion.

Kat. N. 65. Wir bedauern, Ihnen zu diesem Unternehmen keinen Rat erteilen zu können. — VII. 28. Darüber sind uns authentische Mitteilungen nicht zugegangen. — M. W. 55. Vielfache Verhärterung, Verdrömmung. — W. 50. Zweijährige fortliche Lehrzeit auf einer Fortbildungsschule oder bei einem zur Beurlaubung ermächtigteten Hochbeamten. Vom längerer Militärdienst im Feldregiment. Wehrgesetz. Gehalt bis 2500 M. und übliche Rebenbezüge. — 2. W. M. 52. Rein. — 2. 18. Mit Ihrem früheren Verdienst hat das zwar nichts zu tun, diese 2 M. Wohnungszuschuss und Unterstützung wird aber nur dann an Ihre Frau gezahlt, wenn Ihr jetziger Verdienst geringer ist, als die bisher bezogene Familienunterstützung zuzüglich Ihrer Pension mehr freier Verpflegung und Kleidung. — S. 24. 25. Das soll nicht erlaubt sein, führen Sie instanzmäßige Bescheide. — Brantg. Werden Sie sich zunächst an das Kriegsministerium. — Pächter. Der Vertrag ist gültig und kann Ihnen auch getündigt werden. Werden Sie sich aber unter Darstellung des Sachverhalts an das Oberkommando in den Marken. — P. S. 116. In den Hülfsvorsitzenden der Ersatzkommission. — P. M. Ja. — G. 31. Landstrumpfschlichter, nervenleidend. Zur Steuerzahlung kann er erst vom Mai an verpflichtet werden. — H. S. 48. Erkundigen Sie sich darüber bei der Generalkommission, Engländer W. — W. 23. 42. 1. Das kommt darauf an, wie hoch das Einkommen des Mann ist, ob Bedürftigkeit angenommen wird. 2. Ja. 3. Bei uns in der Sprechstunde. — G. S. 113. Die Anerkennung der Vaterpflicht kann in dem Maße auch durch Klage erwirkt werden. Das muß aber der Vormund beantragen. — Gertha 43. In das Generalkommando, dem der Truppenteil Ihres Mannes unterstellt ist. — S. 000. Ja. — S. 3. 1. Ja, durch Klage beim Amtsgericht. 2. Ja, an den Armenoberster des Bezirks, wo Sie Ihren Wohnsitz haben. — M. W. 100. 1. Kriegs- undgerant Berlin-Edenburger, Wollte-Paulus-Str. 9. 2. Bonbonsfabrikation, Preis 4,50 M., zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstr. 3.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Etwas kühler, vorherrschend wolkig, mit leichten, nur im Küstengebiet stärkeren Regenfällen; stellenweise Gewitter, das zeitweise aufklarend.

Sozialdem. Verein für Berlin VI.
(Sozialdem. Partei Deutsch.)
Nachruf.
Heute wird unser alter und treuer Genosse
Adam Bittorf
zur letzten Ruhe beigesetzt.
Ueber 25 Jahre war er Funktionär im 6. Kreise. Er gedachte zu denen, die gewissenhaft ihres Amtes wahrten und treu zur sozialdemokratischen Partei hielten. Sein mannhaftes Eintreten für unsere gerechte Sache bewahrt ihm ein bleibendes Andenken bei allen Genossen.
229/18
Der Vorstand.

Volks-Feuerbestellungs-Verein Groß-Berlin
Die Einäscherung unseres verstorbenen Mitgliedes, Herrn
Walter Ermisch
Berlin, Grünhäger Straße 27, findet morgen Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 37, statt.
Ehre seinem Andenken!

Verein der für Feuerbestattung.
Sitz Berlin, Congr. 1905.
Am 22. Juni verstarb unser Mitglied, Frau
Anna Sachtleben
geb. Fleckert
(Wiesdorf) im 78. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken!
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium Baumhulshofweg statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
229/20
Der Vorstand.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Bezirk Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser lieber, treuer Kollege
Karl Glashagen
nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Noch bis zuletzt hat der Verstorbenen der Organisation seine Dienste als Kassier der Ortsgruppe geleistet und werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
78/20 Die Ortsverwaltung.
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 27. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 37/38 statt.

Überdurch allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Ida Stanowsky
geb. Albrecht
nach langem Leiden am 24. Juni verstorben ist.
Um stillen Beileid bitten
Paul Stanowsky und Kinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof in Mariendorf, Sifenauer Str. 62, statt. 27696

Deutscher Transportarbeiter-Verein.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter
Hermann Kollekowski
von der Anhalt, Maschinenfabrik am 23. Juni im Alter von 52 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Großen St. Michael-Kirchhofes in Stahnsdorf aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer
Max Petrie
von der Firma Postmann, Schmidtstr. 31, am 24. Juni im Alter von 35 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter
Joseph Gloger
am 24. Juni im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofes in Mariendorf, Nixdorfer Straße, aus statt.

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Otto Thiele
am 20. Juni im Alter von 87 Jahren verstorben ist.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Wilhelm Kaasler
am 21. Juni im Alter von 35 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung

Am Montag, den 25. Juni, früh 8 Uhr, entfällt sein nach langer, schwerer Lungenschwindsucht mein innigstgeliebter, treuerster Mann und Gatte
Karl Schubert
im Alter von 62 Jahren.
Dies zeigt beileidlich an die trauernde Gattin
Anna Schubert, geb. Pabst, Ullricher Str. 2.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Wohnung Ullricher Str. 2 aus statt.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenauß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Borax-25/10) störung. Teilzahlung. Sprechstunden: 11—1 und 6—8

Buchbindereien,
welche große Posten Blöcke sofort paginieren und verordnen können, gesucht. — Offerten unter N. 735 an Annoncen-Expedition Adalfr. Müller, O. Rosenf. Str. 36.
Heines Werke
3 Bände 3 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Deutsches Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Max Pallenberg
in Familie Schimek.
Kammerspiele.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
(mit Leopoldine Konstantin).
Volksbühne. Theat. a. Bülowplatz.
Untergrund. Schönhauser Tor.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft.
Lessing-Theater.
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Marie Ottmann u. Hans Waismann in
Niobe. Oper v. O. Blumenthal.
Musik v. Osk. Straus.
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: Schnitzler-Abend.
Komodienhaus
8 1/2 Uhr: Wie fesselt mich mein Mann?
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Die Insel Rügen.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Mann seiner Frau.
Gartenb.: Berlin wie es lieb u. haßt.
Spolito
FRIEDRICHSTR.-AN-DEK-KOOLITE
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Theater für Mittwoch, den 27. Juni.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Tannhäuser.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gebr. Herrfeld-Theater.
7 1/2 U.: Das Pensionsschwein.
Kleines Theater
7 1/2 U.: Hans im Schnakenloch.
Komische Oper
8 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.
Neues Operettenhaus
Schiffb. 4a. Kassentel. Nord. 281
7 1/2 U.: Der Soldat der Marie.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Der Leibgardist.
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Robert und Bertram.
Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: Kammermusik.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Sonnwandzauber.
Theater am Nollendorfpl.
7 1/2 U.: Die Gulaschkanone.
Theater des Westens
7 1/2 U.: Stolze Thea.
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: Der Star.

Zirkus A. Schumann
Bahnh. Friedrichstr. Anf. 8 U.
Rauchen gest. Köhler Aufenthalt.
Das Zirkus-Varieté-Programm.
U. a.:
Auf der Alm.
Doley und Partner,
Kom. Radfahrer.
Veras Drahtseil-Akt.
Phänom.
Peppos kom. Dressur-Akt.
Parforce-Schnitzel-Jagd.
Halali

Wahalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Zigeuner.
Gartenbühne-Vorstellung.
Reichshallen-Theater.
Slettinger Sänger.
Cabaret
„Feld-grau“
Anfang 7 1/2 Uhr.

NATIONAL-THEATER.
Nollendorf Str. 68
7 1/2 Uhr:
Nur noch einige Tage d. gr. Schlager!
Was junge Mädchen träumen...!
Welle mit Gesang u. Tanz. Musik von
Walter Dromme.
Vorher: Die Lieder des Musikanten
(ein Stück aus der guten, alten Zeit).
Volgt-Theater.
Badstr. 58.
Täglich große Extravorstellung.
Pieper und Sperling
Größtartigste
Spezialitäten-Programm.
Anf. Sonntags 4, wochentl. 7 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Sofianienallee 7-9.
Heute:
Alfa — famos!
Große Ausstattung. Operettenposse
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.
Vorher das große Variétéprogramm.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Palast
Tägl. 7 1/2. Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2.
Letzte Woche!
Triumph der Schönheit
und die hervorragenden
Juni-Spezialitäten.

Admirals-Palast.
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Eis.
Angenehmer kühler Aufenthalt
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.
Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am
Stadtbahnhof
Behandl. von Syphilis, Haut-,
Harn-, Frauenleiden, (bes. chron.
Fälle. Chron.-Gon.-Kur, Schmerz-
lose, kürzeste Behandlung ohne Be-
rufshörung. Blutuntersuchung. Prä-
zise. Teilzahlung. Sprechstunden
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Beschlagnahmefreie Mengen gebrauchter
1/1
Sektorkorken Weinkorken
25 Pf. das Stück 4 Pf.
**Zelluloid-Film-
Guttapercha-
Hartgummi-
Wachswalzen-
Schallplatten.**
Abfälle lauft
Ordower G. m. b. H.
Georgenstr. 50,
b. Alexanderplatz.
9-12, 3-6 Uhr.
54/5*

Zigarren
in den Preislagen von 120.— M.
bis 600.— M., sortiert, werden
noch in jedem Quantum abge-
geben. 110L*
Goldenes Haus G. m. b. H.
Friedrichstr. 89
und Artilleriestr. 16.
Zahnpraxis W. Thiedt,
Reinfelderstr. 7.
Während der Ferien geschlossen.

Bezirksorganisation Groß-Berlin
(Sozialdemokratische Partei Deutschlands).
Am Donnerstag, den 28. Juni 1917, abends 8 Uhr,
spricht
Reichstagsabgeordneter Richard Fischer
im
Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstraße 41,
aber
Die Stockholmer Konferenz.
Eintritt nur gegen Karten oder Nachweis der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands. Zur Deckung der Unkosten Zellersammlung! 202/11*
Eintrittskarten sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3,
Hof 2, III Treppen, zu haben. Der Bezirksvorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 29. Juni 1917, abends 5 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, Saal 3:
Branchen-Versammlung
aller in den Berliner Album-, Mappen- und Galanterie-
betrieben beschäftigten Mitglieder.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Tarifverhandlungen und die vereinbarten
Forderungen.
2. Verhandlungsangelegenheiten.
Kollegen und Kollegen! Diese Versammlung soll entscheiden, unter
welchen Arbeitsbedingungen die Mitglieder ein weiteres Jahr arbeiten
sollen. Es ist deshalb dringend notwendig, daß jeder organisierte Branchen-
kollege in dieser wichtigen Frage mitbringt und mitentscheidet.
Kein Mitglied darf fehlen!
26/9 Die Ortsverwaltung. B. K.: Ernst Rög.

Das beste Sommergetränk!
Durstlöschend — Erquickend.
„Limonade“ Geflüßter
Limonaden-
Estrakt
Kein Zucker nötig, eine Weinigkeit genügt zur
augenblicklichen Herstellung
süßer erfrischender Limonade
von feinstem Fruchtaroma.
1/2 Literfl. Mk. 1.25, 1/2 Gl. Mk. 1.— inkl.
Kleiner Inhalt: Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4
Fernsprech-Anschluß: Dorotheenpl. 4751, 4752, 4753

**Bringt Euern Goldschmud
den Goldankaufstellen!**

Spezial-Angebot unseres
Schmierwasmittels „Germania“
vorzügliche Qualität, außerordentlich sparsam im Gebrauch.
Lieferbar in Waggonsladungen. — Probekübel von
36-60 kg zum Konsumentenpreis. (Gegen Nachnahme pro
Pfund 60 Pf. festgesetzt.)
— Vertreter unter günstigen Bedingungen gesucht —
**„Germania“ Fabrik kosmetischer und
technischer Präparate.**
Berlin W 57, Bülowstr. 66. — Telefon Lützow 8249.

Sektorkorken
bis 25 Pfennig,
Weinkorken
3 1/2 Pfennig
sowie alle anderen Sorten ge-
brauchte und neue Korken
kauft
W. Nelke,
Berlin, Krausenstr. 75
(neben Komplinski)
u. Steglitz, Bergstr. 2.
9-12, 3-7.
Hofel, Prof. H. Die jegliche
Frage. Vorkausgabe 2.80 M. Buch-
handlung Borsdorf Lindenstraße 3.

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend
Behandlung von Holzspänen aller Art tritt am 27. Juni 1917 in
Kraft.
Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagplätzen
und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.
Berlin, den 27. Juni 1917.
407. I. Bl. 17. II. Abg.
Der Vorkauspräsident.
mit u. ohne Gummipolier, Brücken, Plomben jeder Art,
Goldkronen, moderne Goldtechnik, Umarbeitung
schlechtsitz. Gebisse, Reparatur. sof. Zahnziehen
i. Ürl. Betäubung. Kl. Preise, auch Teilzahl. Tel. Nord 10438
Persönl. Behandl. nur Rosenthalerstr. 69-70 v. 9-7 Uhr abends.
Sonntags 10-12.

Zähne
D. A. Luser
Für Schuhmacher
147.
Gestanzte Flecke (gefärbt), gemischt, in allen Größen Mk. 5.50
Ovale Sohlenschonr., gemischt, in drei Größen . . . 4.50
Runde Schonr. in 5- und 10-Pf.-Größen . . . 3.50
Bruno Sosa, Leder-Abfälle, Weihenstephaner-Str. 31, Tel. Weiß. 191
Aerztlich geleitete, modern eingerichtete
Heilanstalt für ambulator. Behandlung.
(Die wissenschaftl. an- „Künstl. Höhenstrahlen“-Behandlung.)
erkannte u. bewährte „Künstl. Höhenstrahlen“-Behandlung.)
Modernes, erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahren,
Elektro- u. Lichttherapie, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und
Kräuterbäder, Sauerstoffkuren, homöopathische Behandlung,
Pflanzensäfteuren. — Nachweisbar gute Heilfolge bei sämtlichen
Krankheiten, inneren und äußeren (bes. chronischen) Leiden, z. B.
Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren- und
Blasenleiden, Nervenschwäche, nervöse Kopfschmerzen, all-
gemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Müdigkeit,
Schlaf-, Licht-, Rheumatismus: sämtlichen Hauterkrankungen,
Nichten, Wunden, Verbrennungen, sowie Kinderkrankheiten;
Stoffwechsel-Krankheiten, Ruderkrankheit usw. — Wegen Raum-
mangel seien nur einige Fälle mitgeteilt: Herr H. Hellwig,
Vorkauswalde b. Berlin, Gräberstr. 25. Von Magenleiden, Ver-
stopfung u. Nervenschwäche in 6 Wochen geheilt. Sollte operiert
werden. — Herr K. Wittmann, Berlin, Blumenstraße 2. Von
Schwäche und Übelkeit an alter Operationnarbe mit 15 Be-
handlungen geheilt. — Herr W. Muschik, Bin. Schöneberg, Sedan-
straße 17 II bei Friedl. Von Schwäche u. Nervenschwäche in
4 Wochen geheilt. Vorher dringend zur Operation geraten. — Herr
H. Schlabig, Berlin, Capistr. 24. Von Gehörtaubheit in
1 Monat vollständig geheilt. Vorher 6 Wochen mit Nadium in einer
Berliner Klinik ohne Erfolg behandelt. — Frau G. Pöppel, Bismarck-
berg, Gärtnerstr. 10. Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche
und Verstopfung geheilt. — Sohn des Gärtners G. König,
Pankow. In 6 Wochen von totaler Blindheit geheilt. Vorher
anderweitig jeder Erfolg abgefallen. — Von Nervenschwäche in vier
Wochen geheilt. Erklärt sich selbst für ganz gesund. — Herr Wilsch-
döbler Edert, Berlin, Breitenburger Str. 26. Von nichtsch-
merzhaft. Schmerzen in Bein u. Fußgelenk geheilt. Sehr zufrieden.
Herr H. Prof. Berlin-Bauendorf, Straßer Str. 11. Von chron.
nervöser Rückenmarkentzündung und Lähmung geheilt. Vorher
für unheilbar erklärt. — Herr H. Jöfner, Reinholdstr.-Dr. Brom-
straße 117. Von Lungenbluten und Katarrh geheilt. — Frau
J. Gerold, Berlin, Kammerstr. 23. Von Bronchialkatarrh geheilt.
— Zwei Kinder des Kohlenhändlers Herrn Vinte, Berlin, Straßer-
straße 6. Vor 6 Jahren von Lungenleiden geheilt, heute noch ge-
sund. — Herr G. Köpke, Bin. Mummelsburg, Alt-Borsigalage 8. Von
doppelseitigem Lungenlinsenkatarrh geheilt. — Herr C. Neu-
mann, Rixdorf, Blumenstraße 13. Von Neurasthenie und nerv-
öser Magenleiden geheilt. — Frau G. Groffe, Berlin, Jungfer-
nstraße 28. Von Verleiden geheilt. — Frau Kollmann, Berlin,
Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Waldowischer Krankheit ge-
heilt. — Herr Erich Vogt, Berlin, Etenbaler Str. 17, IV. Von
Nieren- u. Blasenleiden, Wasserleiden, allgemeiner großer Schwäche
geheilt. Vorher im Krankenhaus erfolglos behandelt. Jetzt Blüherzeit.
Getrennte Behandlungsräume für Damen und Herren:
Erech- u. Behandlungszeit 9-1, 4-7 1/2 Uhr. Sonnt. u. Feiertags 9-1 Uhr.
(am Bahnhof Jannowitzbude)
Berlin SO 16, Brückenstr. 10b

Pracht-Modelle!
Entzückende Kostüme Setagumlin (Seidenmäntel),
Pracht-Modelle, Kamugarn, Tuch, gestrichelt geschliffen, imprägniert,
Seda, Schöpfungen erster Meister wunderbare Formen, prachtvolle
800.— 250.— 200.— 150.— Farbenstellungen
100.— 140.— 90.— 74.—
Feine Seidenkostüme 12.— 100.— 75.— 64.—
Staubmäntel aus gediegenen Stoffen,
teils aus Friedenszeiten 66.— 44.— 32.— 20.—
Leinenkostüme, Kränzelstif-
kostüme 24.— 21.— 15.— 14.—
Schwarze Rollens-Seidenmäntel, auch
für stärkste Figuren 150.— 120.— 90.— 60.— 42.—
Festkörper (Coverlet-Mäntel), glatt mit Stopperlein
125.— 105.— 90.— 75.— 60.—
Kurse, tolle Tallojacken, für jeden Rock passend
75.— 65.— 25.—
Plüschmäntel Herrliche Phantasie-
Stücke, Seidplüsch, Seiden-
plüsch, Astrachan 300.— 250.— 200.— 150.—
100.—
Kurse einzelne Plüsch-
jackette 75.—
Pelzmäntel Wundervolle neue Modelle, das
Schönste auf dem Gebiete, Seal,
Elektrio, Fohlen, Bism, Persischer
3000.— 1800.— 1200.—
Phantasie-Pelzmäntel
900.— 600.— 475.—
Ulster Praktische, mollige
Qualitäten, Stoffe teils aus
Friedenszeiten 100.— 75.— 50.—
85.—
Passendes für stärkste
Figuren. Sonntags geöffnet
8-10 Uhr. Auswahlsendungen
nach außerhalb.
Westmann
I. Geschft: Mohrenstr. 87a. II. Geschft: Große Frankfurter Str. 115.
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Das Buch zum Tottachen
2 Kom. Vorträge f. Herren 8. desgl.
f. Damen 4. Glückwunschbuch
5. Anekdotenschatz 6. Der Witz-
bold ohne Gleichen 7. Zauberkur
8. Kartenkunst 9. Skat. 10. Buch
d. Spiele 11. Der ideale amüsante
Gesellschafter 12. Der gute Ton.
Jede No. M. 1.20 Nachh. 55/9
L. Schwarz & Co., Berlin 147,
Dresdener Str. 80.
Ich kaufe Platin,
insbesond. alte, auch zerbrochene
Gebisse
sowie alte Holzbronnstifte. 55/9*
Zahle für Zähne bis 1 Mark,
Platin bis M. 7.50 d. Gramm,
in Berlin nur Donnerstag und
Freitag, 28. und 29. Juni, von 9
bis 1 und 2 bis 7 Uhr im Hotel
Grüner Baum, Krausenstr. 59/58,
Zimmer No. 1, part.
Frau B. Wagner aus Hamburg.
Spezialarzt
Dr. med. Coleman
für Haut-, Harn-, Frauenleiden
nerv. Schwäche, Baiskränke,
Ehrlich-Hata-Kuren,
(Dauer 12 Tage), Behandlung
schnell, sicher und schmerz-
los ohne Berufsstörung.
Königsstr. 34-36, Stadtbhf.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Bilder aus Skopje.

Mazedonische Eindrücke.

II.

Das Handwerk arbeitet nach sehr rüchlicher Methode, die Ver- zeuge sind meist so primitiv, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn die Erzeugnisse nicht immer auf der Höhe sind. So sah ich einen Mann mit drei Jungen im Alter von vielleicht acht bis elf Jahren bei der Herstellung von hölzernen Zigarrenspitzen. Das Ausbohren geschah auf folgende Weise: alle vier Arbeiter saßen, mit untergeschlagenen Beinen, auf dem Fußboden. Auf ihm war in einem Lager der Vohrer in senkrechter Stellung angebracht. Jeder der Arbeiter hatte einen kleinen Vogen mit einer Säure versehen. Diese Säure wurde einmal um den Vohrergriff gelegt und durch das hin- und herziehen dieses Wägelchens bekam der Vohrer die gewünschte rotierende Bewegung. Nach orientalischer Sitte arbeiten viele Handwerker auf oder an der Straße. Besonders häufig ist das bei Schuhmachern oder richtiger bei Schuhhütern der Fall. Meistens aber ist die Werkstatt im Hause eingebaut und nach der Straße offen. Sie dient zugleich als Verkaufstotal. Viele dieser Werkstätten sind nicht viel größer als eine große Kiste. Darin sitzt nun der Meister und wo immer es möglich ist mit untergeschlagenen Beinen, mit seinen wenigen Rohstoffen und Erzeugnissen. Wenn es kalt ist, so unterhält er den ganzen Tag, in einem kleinen tiegelartigen Ofen, ein Solakoblenfeuer darüber hält und reibt er sich die Hände. Auch die Wädhreien sind nach der Straße offen. In vielen Fällen beschränkt sich der Wädhreier darauf, die Brote und Maisbrotchen in den Ofen zu schieben, die die Leute ihm dringen. Aber nicht nur Brot, sondern auch viel Fleisch wird gebacken. Besonders Hammel, Ziegen und Geflügel. Wird nichts gebracht, so nimmt es der Wädhreier nicht so tragisch, sondern sitzt auf einer Bank an seinem Ofen und wartet.

Eine bedeutende Rolle fällt hier auch heute noch dem Geldwechsler zu. Seine Existenz ist bedingt durch die Verschiedenheit der Münzsorten und Papiergeldscheine. Hinzu kommt noch der Umstand, daß der Bauer noch vielfach Naturalwirtschaft treibt, bei deren Austausch er sich ebenfalls dieses Geldwechslers bedient. Berücksichtigen muß man dabei ferner, daß die Schulbildung noch sehr im Argen liegt, daß es auch noch sehr viele Analphabeten gibt. Natürlich könnte die Regierung in anderer Weise Einrichtungen treffen, womit den Leuten besser gedient wäre, als bei dem derzeitigen Zustande. An den Fenstern dieser Geldwechsler kann man Studien machen über die zahlreichen auf dem Balkan im Verkehr befindlichen Zahlungsmittel. Zurzeit rollt hier auch viel deutsches Geld. Die hiesigen Händler haben es sich ansehnend zum Prinzip gemacht, den Germanistikobolaten für voll zu nehmen. Da werden doch manchmal Preise verlangt, die ganz ungeheuerlich sind. Jedoch in vielen Fällen ist eben der Soldat gezwungen, zu kaufen.

Eigenartig in seiner Art ist in Ueslüh der Wochenmarkt, der alle Diensttage stattfindet. Hier kann man so ziemlich alles kaufen. Da kommen die Bauern mit ihren besapten Eiern und bringen ihre Erzeugnisse zum Verkauf. In der Hauptsache Bohnen, Zwiebeln, Knoblauch, Salat, Spinat, Paprika usw. Sehr selten sieht man Kartoffeln, häufig getrocknetes Fleisch. Auch Schmalz, Kuh-, Ziegen- und Schafbutter ist zu kaufen. Diese Fettsorten sind meist alle in Ziegenfelle gefüllt. Das ist die Originalpackung. Bringt der mazedonische Bauer Geflügel, Hühner, Truthühner oder Gänse, Enten und dergleichen zum Markt, so braucht er seinen Käfig, den Teren werden einfach die Vögel zusammengebunden. So trägt sie der Bauer in der Hand, mit dem Kopf nach unten hängend, stundenweit, und auf dem Markt legt er sie neben sich und kann unbesorgt sein, daß ihm ein Stück davon läuft.

Außer Lebensmitteln ist es besonders Schafwolle, die auf den Markt gebracht wird. Auf dem Holzmarkt stehen oft mehr als hundert mit Holz besappte Esel und Steppenpferde, das Holz wird mehrere Stunden weit hergebracht, denn in unmittelbarer Nähe der Stadt gibt es keinen Wald. Infolge der hier allgemein herrschenden Holzarmut ist das Holz sehr teuer. Einen großen Bestandteil des Marktes bilden die handgearbeiteten Seidenstickereien. Es sind Arbeiten, die freilich teuer sind, aber bei der reichhaltigen Farbenmischung und den oft sehr komplizierten Mustern kann man den Leuten schon glauben, daß die aufgewendete Mühe nicht annähernd bezahlt wird. Es ist kein Zweifel, daß diese Arbeiten bis zu einem gewissen Grade künstlerischen Wert haben.

Nach dieser Schilderung des Lebensmittelmarktes könnte nun der schon seit langer Zeit auf schmale Nation gesehete „Vorwärts“-Leser in Deutschland ausruhen: „O, du glücklicher Mazedonier!“ Aber dem ist doch nicht so. Allerdings können sich die reichen Leute, die es natürlich auch hier gibt und bei denen man an ihrer modernen Kleidung schon sehen kann, daß sie französischem Einfluß von Salonik her unterworfen sind oder waren, alles kaufen. Diese haben nicht nötig, zu hungern. Aber auf der anderen Seite gibt es hier so viele arme Leute, die in Lumpen

gehüllt einhergehen. Man sieht ihnen die Unterernährung schon von weitem an. Sie leben in der Hauptsache von Melonenfernen, von grünem Salat, den sie ohne jede Zutat verzehren, ebenso von einem dem Zwiebelbrot ähnlichen Gebäck. Dazu kommt Maisbrot, das die Stadt ihnen gegen Lebensmittelmärkte abgibt. Wie in Deutschland, so stehen an den Ausgabefellen für Brot, Mehl und Salz die Frauen, Männer und Kinder und warten, bis sie etwas bekommen.

Die Zahl der Bettler ist groß. Oft sah ich auf der Bardarbrücke und bei kaltem Wetter des Abends noch kleine Kinder von etwa vier Jahren halbnaht sitzen und betteln. Nicht vergessen darf man bei dieser Betrachtung die Zigeuner, die einen ziemlich großen Prozentsatz der Bevölkerung der Stadt bilden. Auch das Leben dieser Leute ist viel weniger romantisch als es in manchen Liedern besungen wird. Der hiesige Zigeuner ist ein ganz anderer Typ, als ich ihn in Ungarn, am Fuße der Karpaten, gesehen habe. Diesen armen Leuten kommt allerdings ihre Sorglosigkeit zugute. So sieht man hier an den Straßen an verschiedenen Stellen Schuhputzer, „Puh, Puh“ genannt, sitzen. Immer heiter und fidel, bieten sie auch dem vorübergehenden deutschen Soldaten ihre Dienste an. „Komm, Germanaki, gut Crem, puh, puh, tip top,“ ist ihr Ausrufwort. Meist wird die Creme mit den Fingern aufgetragen, in jeder Hand eine Bürste, arbeitet der Puhputzer mit großem Geschick. Ein Lappen muß zum Schluss die Politur vollenden. Sie sind, wie alle armen Zigeuner, fast das ganze Jahr barfuß. Die Füße haben die Farbe der Straße angenommen. Auf der oberen Seite der Hände ist es ebenso. Die weiblichen Zigeuner, immer in einem weiten Dosenrod, gehen, wenn nicht völlig barfuß in Holzpantinen, an denen unten, hinten und vorn je ein Stollen und oben nur ein einziger schmaler Riemen angebracht ist. Natürlich ist auf solchen Dingen kein grazioser oder elastischer Gang möglich. Doch zuweilen rafft sich auch dieses arme Volk zur Freude auf. So sah ich, als der Mai ins Land zog, daß die Zigeuner sich auf Wiesen zusammenfanden und Tänze veranstalteten. Die Frauen hatten sich die Haare mit Feldblumen geschmückt, trugen die üblichen Hosenröde und waren wie die Männer auch möglichst bunt gekleidet. Die Musiker bearbeiteten Dudelsack und Posaunen, und der Tanz begann. Aber auch der Tanz ist etwas ganz anderes als in Deutschland. Die Tänzer finden sich nicht paarweise zusammen, und es gibt keine Rundtänze. Die Tänzer bilden Ketten und tangen, oder richtiger hüpfen, so nach den Klängen der Posaune im Kreise. Die Zigeuner feierten Frühlingsfest. Ich konnte beobachten, wie ihre Fröhlichkeit ansteigend wirkte. Bald tanzten auch bulgarische Soldaten und mazedonische Posaunisten mit. Desgleichen Burtschen und Mädchen aus den umliegenden Dörfern. Das Ganze war für uns Deutsche, der orientalischen Eigenart wegen, sehr interessant.

Natürlich ließe sich noch viel Interessantes schreiben, jedoch im Rahmen eines Zeitungsartikels läßt sich kein erschöpfender Bericht geben. Bemerkenswert ist mir noch, daß Ueslüh in der subtropischen Zone liegt. Gesundheitlich ist die Lage nicht gut. Alle Jahre fordert die heimtückische Krankheit „Malaria“ viele Opfer. Auch die Militärverwaltung hat sich genötigt gesehen, vorbeugende Maßregeln zu treffen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich auch hierin dieses bessere Volk, wenn nach dem Kriege eine vernünftige, weisliche Regierung eine planmäßige Kolonisierung und Sanierung durchführen würde. Die Berge, an denen die früheren Jahrhunderte durch Abholzung schwer gesündigt haben, mühten neu aufgeforstet werden. Dann würde auch das Klima wieder gesünder werden.

Oskar Trinka.

Midsommerdag.

C. B. Stockholm, den 24. Juni.

Nun ist mit den längsten Tagen das höchste Fest dieses licht- frohen Nordlandes gekommen. Ein heiserer Wind hat die Luft aus der Luft weggeblasen, die Fahnen flattern und die Frauenkleider, die den Stoffreichtum der Leute durch ihre Klänge ausgleichen, fliegen. Gesunde Rote liegt auf den Gesichtern und Freude gleht das Sonnenlicht in alle Seelen, Sonnenlicht in lächler Sommerluft. Die Stadt ist weniger belebt als sonst und der Militär- schwadron, die in blauen und silbernen Uniformen, den weißen Haarbüschel auf den Helmen, gezogenen Kasack in der Faust über den Platz reitet, fehlt das Spalier. Nur ein paar alte Bekannte aus Mitteluropa, die sich nach langen Jahren hier zusammenfinden, muhten, schauen vom Essen auf, betrachten die jungen, glatten Gesichter und ein Böhme sagt: „Die standen 1848 vor Prag“ — und wurden von Zivilisten, Studenten und Volk geschlagen.“ Segt sein Landmann hinzu.

Es war heute gerade nicht so leicht wie sonst, in diesem Lande der Tafelstücken, den Hunger zu stillen. Nicht nur an allen Geschäften, auch an vielen Restaurants prangt das Wort „hängt“ — geschlossen. Denn es ist Midsommerdag.

gebärdete sich led wie eine Dollarprinzessin. Es reizte sie nicht wenig, den ungestümen Gesellen zu verwirren und wenn möglich in Ketten zu legen. Mit über- einandergeflügelter Knie, das gelbe Samtkleid leicht gerafft, die Arme locker über die Lehnen gebängt, und mit den weißen Damasthandschuhen suhtelnd, lag sie in einem hochlehnten Klubsessel. Die halbgeschlossenen Augen blinzelten: „Nun sind wir ja ungestört!“ Das mutwillig wippende Köpfchen winkte: „Ame nieder, kühner Ritter, und küsse mich!“ Es war gar nicht so schwer, diese Sprache zu ver- stehen.

„Du durstgebetenes Treibhauspflänzchen! Warte, Pan- töffeldien, mich wirst du nicht fürangen!“ wehrte Lengen- hager die liebliche Lodung ab. Ganz artig setzte er sich der Braut gegenüber, schlürfte seinen Tee und tat, als merkte er nicht, wie sie das ungebildete Wädhchen verschob, mit den Augen- augen funkelte, den Zigarettenrauch wolkig einzog und ihn mit begehrliehen Wünschen gleichsam einkreiste. Allmählich lernte er sie genauer kennen, und so viel wußte er nun schon, daß er in solchem Spiele nur verlieren konnte. Zuerst sollten ihre Gefühle eine ernste Belastungsprobe bestehen. War sie nur verliebt, oder liebte sie ihn aufrichtig? Das wollte er nicht erst in den Sternen lesen oder der Zukunft über- lassen.

Renée beobachtete ihn scharf und schmolte. „Warum machen Sie schon wieder ein so bedenkliches Gesicht? Ach herrje, so gehen Sie doch, wenn Ihnen an dem Spektakel mehr als an mir gelegen ist!“

„Ja, dachte jetzt nicht daran, sondern an Sie, oder besser gesagt —“ er gab sich einen tüchtigen Ruck, „da- ran, ob Sie mir erlauben, morgen mit Ihrem Herrn Vater zu sprechen.“

Im Nu sah sie aufrecht da. „Warum denn das?“ fragte sie beunruhigt und blickte ihm gerade in die Augen.

„Das werden Sie wohl leicht erraten!“ entgegnete er, von einer schnell wachsenden Spannung ergriffen. Seine zuversichtliche Miene verschwand plötzlich, er beugte sich hastig über seine Tasse, damit sie nicht sehen konnte, was in ihm vorging.

„Wie? . . . leicht erraten! Ich habe aber keine Lust, Rätsel zu lösen, müssen Sie wissen!“ sagte sie gereizt. Er

Gesicht, am Sonnabend, den midsommerfesten, schlossen die Bureau, die hier nicht vor 8 oder 10 zu arbeiten beginnen, statt wie sonst um 6, schon um 2 Uhr, und alsbald begann das große Meilen zu Schiff und Bahn hinaus aufs Land in die Orte am Mittelsee und in den Schären nach Salsjöbaden, Batholm und Dalarö und in Schwedenlos Wälder und Änen. Dort wo die Maßnahme ausgerichtet stehen, tönt Scherz und Lust, schlingt Tanz und Liebe sich um dieses spätere Pfingsten.

Und in der Stadt ist nur ein schwacher Abglanz geblüht; Wirkungsweite in den Häusern, junges Grün selbst an der Straßen- bahn und der Frohheit der jungen Menschen, die in der Stadt ge- blühen sind. Es sind noch immer etliche von der Halbmillion.

Eine starke Lust zum Festlichen liegt in diesem Volk. Ein fröhlicher Geist, der keinen Krieg zu ertragen braucht und nicht durch ewige Arbeitshoff und Hitze niedergezogen ist. Selbst in dem lästigen Zwang zum Verdienen bleibt stets die angeordnete Ruhe des Gebadens. Das ganze Leben hat ein anderes Tempo. Die Straßen- bahn sieht lang genug an der Haltestelle, daß man sie auch im Ge- schritt noch erreicht, im Gasthaus wird reichliche Zeit gelassen von einem Gang zum nächsten und muht du auch warten, ehe du betala kannst, so hat man dich auch nicht zur Eile beim Essen gedrängt, dir nicht das nächste hingestellt, so lange du noch bei dem vorigen beschäftigt warst und dich überhaupt als geehrten Gast behandelt.

Wo es so geruhig und fast gemächlich zugeht, braucht es auch nicht allzu vielen Ordnens. Es mag dich ärgern, wenn du schnell durch den Bahnhofs willst, aber fort und fort gegen Leute rennst, die regellos wie der Dänenband durcheinander rieseln. Aber was heißt dich eilen? Ist der Mensch Windspiel, ein Flügeltier oder eine Schnellzuglokomotive? O, wie sehr erkennen wir hier, daß es menschenwürdiger ist, nicht zu hasten!

Von Sonnabend mittag bis tief in den Montag, ja nicht selten ihn noch ganz einbegreifend, steht dieses Land im Zeichen der Midsommerfeier, die sich in der Stadt so sehr gemäß dem Sinn dieses Lebens ausdrückt: der ist die Ruhe und darum muht eine Feier die große Ruhe sein.

Wir aber, die wir auf ein paar Wochen hier sind, wir werden beim Anblick dieses Festes, das wir vielleicht tiefer erleben, als die daran Bewohnten, aus neue und abermals qualvoll erinnert an den Zustand des andern, des kriegsführenden Europas. Das dort sich immer noch begibt und nicht enden will oder kann, wie weltentweit ist er entfernt von der Ruhe, die ein wohl begründetes Wort unserer Sprache „göttlich“ nennt. Ja, göttlich ist die Ruhe und unendlich ist die Sehnsucht nach Frieden, nach Frieden für uns alle, haben und bleiben.

Die Sonne hat sich gewendet und immer kürzer werdende Tage sehen dort in der Ferne auf dieses Schlachten und Leiden ohne gleichen; sollen denn, wenn die Sonne sich wiederum wendet, auch die länger werdenden Tage dies noch beleben? Und gäbe es Menschen, die das wollten? Gibt es denn nichts, was sie unfähig macht, verbrecherischen Verführungswillen zu betätigen.

Wir brauchen uns diese Frage nicht vorzulegen. Die andern sind von uns noch zu weit, als daß wir sie ihnen stellen könnten. Die dritten aber sind näher und wir hoffen, sie bald zu sehen und zu hören: Nur eine Frage beherrscht seit Tagen alle Welt hier oben, die Frage nach dem Kommen der Russen.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater findet Donnerstag die 500. Aufführung des Singpiels „Das Dreimäderlhaus“ statt. Die gesamte Einnahme kommt Hinterbliebenen der im Kampfe gefallenen U-Boots-Mann- schaften zugute.

— Sacha Schneider, der jetzt in Döberitz lebende be- kannte Bildhauer und Maler, hat von der sächsischen Staatsregie- rung den Auftrag erhalten, den Neubau der Dresdneragl. Ge- mäldegalerie mit Fresken auszuführen. Der Bau wird in un- mittelbarer Nähe des Zwingers errichtet werden und soll die mo- derne Abteilung der Gemäldegalerie aufnehmen. Alle Freunde der selbständigen und großgehenden Kunst Schneiders werden diese Ehrung des ganz für sich stehenden Künstlers mit Freude begrüßen.

— Der Sterbbrief eines russischen Ministers. Das nachstehende interessante Zeitdokument wird von einem Peters- burger Blatt veröffentlicht. Es lautet: „Ministerium des Innern, Polizeidirektion, besondere Abteilung, 26. Januar 1917, Nr. 124. 012. Zimmer 2.“

An die Herren Offiziere von der Grenzgenbarmerie! Im Anschluß an vorher erlassene Bekanntmachung der Polizei- direktion über das mögliche Eintreffen des bekannten Chefs der Partei der Sozialrevolutionäre, Victor Michailowitsch Tschernow, bringt die Polizeidirektion bezüglich der genannten Person den Inhalt des Rundschreibens vom 15. März 1913 § 8 unter Nr. 87 015 in Erinnerung.

Der Mann, auf den der nun folgende Sterbbrief erlassen war, ist jetzt Landwirtschaftsminister.

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

„Ja, mach' du noch Wie!“ dachte Lengen- hager peinlich berührt. Er fand nicht den geringsten Grund, sich über den Verlauf des Abends zu freuen. Hatte sie schon wieder ver- gessen, was ihm drohte, oder war ihr das etwa gleichgültig? Jetzt ärgerte er sich plötzlich über seine Unwesenheit. „Hier gibt es nichts zu lachen!“ schleuderte er dem wohlwollend nickenden Schultheißen über dem Kamin drohende Blicke zu. Worauf wartete er denn noch? Die Wärme und Behaglich- keit konnte ihn nicht durchdringen. In dieser Stunde be- leidigte ihn die Unergründlichkeit der hier hausenden Menschen und Verhältnisse. Er blickte nur sichtlich auf, als Renée wieder erschien und meldete, daß der Tee gleich fertig sei. Fühlte sie, was ihn kränzte? Sie brach plötzlich ab, sah ihn groß an und ergriff seine Hände: „Ich habe Ihnen ja noch gar nicht gedankt für Ihren Beistand. Es war sehr lieb von Ihnen — nicht nur die Begleitung!“ sagte sie be- wegten Herzens. Lengen- hager muhte wiederum staunen über den innigsten Ausdruck ihrer Züge. Er errötete wie ein Schuljunge und blieb eine Weile im Zweifel, ob er die Geliebte umarmen sollte. Ein zartes Zussagen war ihm nicht gegeben. Auch in diesem verbindenden Augenblick schlug seine Ergriffenheit gleich in Gewalttätigkeit um. Am ganzen Leibe zitternd und verwildert vor dieser liebenden Verei- schaft nahm er sie stürmisch gefangen und gab sie nicht frei, obwohl sie unter seinen wütenden Küssen fast den Atem verlor.

„O Gott, seien Sie doch vorsichtig, es wird gleich jemand kommen!“ wehrte sie ihn bestürzt und dennoch entzückt ab. Da muhte das Mädchen vor dem lautlos nahenden Diener wahrhaftig in beschämender Weise auseinanderfahren. Renée sah sich rasch, während der Offizier in dem Ver- streben, seine schuldigen Hände zu verstecken, eine ziemlich lächerliche Figur machte. „Leider darf ich mich jetzt nicht mehr länger aufhalten. Es ist höchste Zeit, daß ich gehe!“ bemerkte er dazu so ungeschickt wie nur möglich. Aber der vorgeblich nur mit drei Stimmen begabte Diener verschwand gleich wieder, ohne mit einer Wimper zu zuden. Renée schenkte hurtig den Tee ein, steckte sich eine Zigarette an und

hätte blind und taub sein müssen, um nicht zu merken, daß sie ihn ganz einfach nicht verstanden wollte.

Darauf sah er wie aus Haupt geschlagen da und be- trachtete seine Handflächen. Er schwieg so lange, daß ihr Angst wurde und ihr Herz mit großen Dämmern zu schaffern begann. Sie konnte sich kaum mehr beherrschen. „Was ist denn auf einmal in Sie gefahren? So sagen Sie doch nur, was Sie im Sinne haben!“

Lengen- hager biß die Zähne zusammen und verfehte leidenschaftlich! „Es wäre bitter, wenn ich mich zu allemhin auch noch in diesem Punkte täuschte.“

„In welchem Punkte denn?“ beharrte sie eigenstunig und verdrießlich, weil ihr auch dieser Teil des Abends miß- glückte. Und auf einmal verfiel sie wieder in den alten bösen Trost. „Sie wollen doch nicht etwa unsertwegen mit Papa sprechen? Es sieht ja fast so aus.“ Ein Jahn lag in ihrem Mla und Wort, der ihn innerlich verfertigte und ihm das Blut ins Gesicht trieb. Er wußte nicht, sollte er aufspringen und ohne Gruß hinauslaufen. Ebenso gut hätte er aber die Spötterin an den Schultern packen und bis zur Bewußtlosigkeit schütteln können. Totenblau erhob er sich. „Das war allerdings meine feste Absicht, Fräulein Steiger!“ sagte er heiser, tonlos. Einen Trost besah er ja noch. Er wußte, hier gab es keine Ausflucht mehr; jetzt gab es nur noch eine Klipp und klare Entschwei- dung. O Himmel! Da sag sie nun, deren Besitz er seit Jahren ohne Wanken erstrebte, inmitten einer bezaubernden Häuslichkeit, verführerisch angetan, nach Liebsungen schmach- tend, unwacht, geradezu in seine Hand gegeben. Und doch durfte er sie nicht sein eigen nennen. Was war es denn? Trieb sie nur ein leichtfertiges Spiel mit seiner Lebens- hoffnung? Einmal warf sie sich ihm an den Hals und im nächsten Augenblick sahen er ihr wieder wildfremd.

Renée Steiger wartete eine Weile ganz verstockt darauf, daß er ihr eine kalte Vererbung machen, lang- und lang- los abziehen werde. Unwillkürlich stellte sich das durch ihren Bruder geweckte Mißtrauen wieder ein. Warum hatte Lengen- hager solche Eile, die offizielle Verlobung durch- zusehen?

„Ich möchte doch aber gar nicht, daß jetzt schon darüber geredet wird. Ueberlassen Sie es doch bitte mir —“ meinte sie gequält. (Fortf. folgt.)

